:antifaschistische nachrichten

Nr. 8

g 3336 21.4.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Sturmabteilung still gelegt

POTSDAM. Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm hat am 12. April die rechtsextremistische ‚Kameradschaft Hauptvolk' und deren Untergliederung ‚Sturm 27' verboten. Bei der Vollstreckung wurden im Havelland, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Schleswig-Holstein 41 Wohnungen durchsucht und umfangreiche Unterlagen sicher gestellt. Die ‚Kameradschaft Hauptvolk' und ihrer Untergliederung ‚Sturm 47' bestehen seit März 2001 und nach Angaben des Brandenburgischen Ministeriums gehörten ihnen rund 60 Personen an. Vor allem in der Region Rathenow/Premnitz traten Anhänger öffentlich als organisierter Verband auf: Vereinszeichen war einSchriftzug in weißer Fraktur ‚Hauptvolk', der auf schwarzen kurzärmligen Polohemden und T-Shirts oder blauen Sweatshirts gedruckt war. Auch mit entsprechenden Tätowierungen bekannten sich die Mitglieder deutlich zur Kameradschaft. Der Name ‚Sturm 27' lehnt sich an die im Dritten Reich in der Region Rathenow aktive SA-Brigade 27 an. Das Verbot der ‚Kameradschaft Hauptvolk' und ihrer Untergliederung ist das Dritte gegen eine rechtsextremistische Organisation durch das Land Brandenburg. 1995 wurde die ‚Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JS)' und zwei Jahre später die ‚Kameradschaft Oberhavel' verboten. *kun* ■

NPD verlegt Sitz von Leipzig nach Dresden

Die bisher formal noch vorhandene Landesgeschäftsstelle in Leipzig (Georg-Schumann-Str. 225a) wird von der NPD aufgeben. Wurden bisher die Geschäfte de facto in Riesa geführt, so hat die Partei nunmehr ein Haus im Lockwitzgrund im Südwesten von Dresden gemietet. Neben der Landesgeschäftsstelle sollen dort der Landesverband der JN und der Stadtverband Dresden einziehen. Daneben wollen Holger Apfel, Alexander Delle und Matthias Paul dort ihre Büros einrichten. *Jean Cremet* ■

Inhalt:

Die schlagenden Verbindungen des Hamburger Waffenrings . . 6
Gedenken in Buchenwald 8
Der 8. Mai bleibt der Tag der Befreiung. 10

München, 2.4.2005

Wenig Nazis, viele GegendemonstrantInnen

MÜNCHEN. Nur rund 250 Neonazis haben sich zur Demonstration am 2. April in München eingefunden, also nur die Hälfte der ursprünglich angekündigten TeilnehmerInnenzahl. Auf ihren Anmelder Norman Bordin mussten die Neonazis anfänglich verzichten, dieser wurde bereits morgens festgenommen, da er Pfefferspray bei sich trug. Er kam erst gegen 15 Uhr wieder frei. Sein Stellvertreter Hayo Klettenhofer wurde später ebenfalls festgenommen.

Als Redner traten unter anderem Axel Reitz, Christian Worch, Hayo Klettenhofer und Roland Wuttke auf. Von dem vollmundig angekündigten Konzert mit bekannten Rechtsrockgruppen blieben letztlich nur ein paar wenige Lieder der drittklassigen Neonazi-Liedermacher Michael Müller und Annett Moeck sowie der schwäbischen Nachwuchsband Act of Violence. Zahlreiche AntifaschistInnen sorgten außerdem lautstark dafür, dass auch diese vom KVR genehmigten Lieder nicht ungestört gespielt werden konnten.

An der Gegenkundgebung auf dem Marienplatz am Vormittag nahmen rund 5.000 bis 6.000 BürgerInnen teil, über 1.000 AntifaschistInnen demonstrierten zudem an der Route der Nazi-Demonstration und deren Abschlusskundgebungsort auf der Theresienwiese.

2.4.05, aida-archiv.de ■

Frühlingsfest in Uelzen

UELZEN. Am 1.Mai will das „Freundschafts- und Hilfswerk Ost“ (FhwO) ein „Frühlingsfest“ in der Heide bei Uelzen durchführen. Eingeladen ist u.a. eine Volkstanzgruppe aus Poznan, dem früheren Posen. Anmeldungen nimmt der langjährige Kommunalpolitiker der neofaschistischen NPD, Klaus Hoffmann aus Bad Bevensen entgegen. Der ist Vorsitzender des „Hilfswerks“ und verfügt u.a. über gute Verbindungen zu den „Deutschen Freundeskreisen“ (DFK) in Polen. Diese werden intensiv mit Geld und Sachspenden unterstützt. Auch „ehemalige Wehrmachtsangehörige“ in Polen gehören dazu.

Im vereinseigenen Mitteilungsblatt „Der Ostbote“ wurde in der Vergangenheit auch schon für das Buch „Der Vertreibungs-Hoocaust“ geworben. „Ein Buch, welches in jede deutschdenkende Familie gehört“, heißt es dazu im Kommentar. *hma* ■

Rechte Brüder

STUTTGART. Die Spekulationen um die Wahl des nächsten Papstes reißen nicht ab. Für einige Vatikan-Kenner gehört auch Kardinal Joseph Ratzinger zu den möglichen Kandidaten. Der gehörte bislang dem Kuratorium des rechtskonservativen „Forum Deutscher Katholiken“ an, in dem u.a. „Vertriebenen“-Funktionäre, „Paneuropäer“, „Lebensschützer“ und Vertreter des rechten Randes der Union sitzen. 40 bis 50 der etwa 115 wahlberechtigten Kardinäle werden zu den möglichen Unterstützern einer Kandidatur Ratzingers gerechnet. Eine ähnlich hohe Zahl an Kardinälen zählt man zur Anhängerschaft der einflussreichen rechten Laienorganisation „Opus Dei“. Mit „einem wirklich konservativen Papst“ rechnet Niklaus Pfluger, Kopf des deutschen Distrikts der rechtskonservativen „Priesterbruderschaft St. Pius X.“, bei der anstehenden Papst-Wahl hingegen nicht. Geäußert hat er dies in einem Interview mit der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Zwar schätze man den „Kampf“ des verstorbenen Papstes für den „Schutz des ungeborenen Lebens“ und dessen „Verdienste“ im „Kampf gegen den Kommunismus“, aber für „überwunden“ hält man diesen noch längst nicht. Auch die „Freimaurer“, gegen die die katholische Kirche schon ab 1738 mit Kirchenstrafen vorging, werden ins Visier genommen. „Der „Gedanke der Freimaurerei“, so Pfluger, der bereit sei, „für den Zusammenschluß der Welt die Wahrheit des Glaubens aufzugeben“, sei „kein christlicher Gedanke“. Die Anhänger des 1988 exkommunizierten Traditionalisten, Erzbischof Marcel Lefebvre, der 1991 zu einer Geldstrafe wegen „rassistischer Äußerungen und Anstiftungen zum Rassismus“ verurteilt worden war, sind derzeit in etwa 40 bundesdeutschen Städten vertreten. Priorate gibt es bislang in Altötting, Berlin, Bonn, Essen, Göffingen, Kleinwallstadt, München, Neustadt, Rheinhausen, Saarbrücken, Stuttgart, Überlingen und Weihungszell. Die Zahl ihrer Kirchen wächst. Neben Veranstaltungen für Schüler und Studenten gibt es eigene Schulen und auch eine „Katholische Jugendbewegung“ (KJB). Auch der Vorgänger des amtierenden Distriktoberers der Bruderschaft, Markus Heggenberger, wurde von der „Jungen Freiheit“ interviewt und referierte beim rechtsliberalen „Cannstatter Kreis“. Im „Mitteilungsblatt“ der Priesterbruderschaft wird offen Sympathie für den wegen einer antisemitischen Rede aus der CDU ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann und den wegen seiner schwulenfeindlichen Äußerungen kritisierten EU-Parlamentarier Rocco Buttiglione geäußert. Geworben wird auch für das Hohmann-Buch des „Junge Freiheit“-Kolumnisten Fritz Schenk. Verbindungen von Lefebvre-Anhängern zur extremen Rechten gibt es auch in Frankreich und Österreich. *hma* ■

Hetze gegen Partisanen

HAMBURG/TRAUNSTEIN. Die März-Ausgabe der „Preußischen Zeitung. Unabhängige Zeitung für Deutschland“, herausgegeben vom Bundesvorstand der „Landsmannschaft Ostpreußen“, wartet mit einem Beitrag des Bundeswehr-Oberstleutnants a. D., Walter Held aus Traunstein, auf. Unter der Überschrift „Der Partisan – ein liebenswertes Wesen?“ gibt Held seine Meinung zu einem „von Ideologie, Zeitgeist und politischer Korrektheit geprägten Thema“ wieder. Seiner Auffassung nach unterlagen die „Freischärler / Partisanen“ in den von den Nazis besetzten Gebieten nicht den Kriterien der „Haager Landkriegsordnung“ und waren demnach lediglich „Verbrecher, Banditen, Gesindel, Marodeure, Meuchelmörder, Terroristen, die außerhalb der Gesetze standen“.

Als „tumber Deutscher“ sei er daher der Meinung gewesen, dass der „durchweg anständig kämpfende Frontsoldat“ sich dagegen „mit harten Repressalien habe wehren dürfen“. „Unappetitlich, ja geradezu pervers“ werde es, wenn sich den heutigen Siegesfeiern der Alliierten des Zweiten Weltkrieges auch ehemalige Partisanen hinzugesellten. Unter Otto Schily sei eine „nationalmasochistische Einstellung“ „Regierungsnorm“. Im März wurde der 70jährige Held vom Vorwurf der „Volksverhetzung“ freigesprochen. Ein Traunsteiner Richter sah in einem Flugblatt des „Arbeitskreis für Völkerverständigung“, dessen Vorsitzender Held ist, keinen Tatbestand der „Volksverhetzung“.

Der Staatsanwalt hatte hingegen die Verhängung einer Geldstrafe über 7500 Euro gefordert. Leserbriefe von Held fanden sich in der Vergangenheit nicht nur im „Ostpreußenblatt“, sondern auch in der „Jungen Freiheit“ und der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey.

2003 schrieb Held, der 30 Jahre lang Offizier der Bundeswehr war, dort über seine Teilnahme am Pfingsttreffen der Gebirgsjäger. Im selben Jahr hielt Held in Karlstein bei Bad Reichenhall die Festrede bei der alljährlichen Gedenkfeier für 12 französische Freiwillige der Waffen-SS, die 1945 dort erschossen wurden. Unter den Teilnehmern befanden sich zahlreiche ehemalige SS-Leute. In einem Brief an das ZDF lobte Held 2002 die Nachkriegspolitiker Adenauer (CDU) und Schumacher (SPD) als „zwei große Deutsche mit Mut und Charakter“, weil sie „der Waffen-SS Gerechtigkeit widerfahren lassen“ wollten. In einem Brief an den damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau, der 2001 auch in der neofaschistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ abgedruckt wurde, warf er diesem u.a. vor, sich der „Vergangenheitsbewältigung“, „der Zementierung eines einseitigen deutschlandfeindlichen Geschichtsbildes“ zu widmen. „Wir Deutsche“, so der Traunsteiner, „wünschen uns einen Repräsen-tanten, der gegen Lüge und Falschdarstellung unseres Geschichtsbildes in unparteiischer Weise einschreitet“. *hma* ■

München, 2. April 2005

Nazis observieren Jugendzentrum

MANNHEIM. In den letzten Wochen observierten wiederholt Nazis das Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr“ in Mannheim. Dabei versuchten sie unter anderem Fotos von BesucherInnen des JUZ zu machen. Höhepunkt dieser „Anti-Antifa“ Aktivitäten waren Sprühaktionen der Nazis in der Neckarstadt. Diese fanden in der Nacht von 31.3. auf den 1. 4. und in der Nacht vom 5.4. auf den 6. 4. statt. Zuletzt fuhr am 1. April ein mit Naziskinheads vollbesetztes Auto am JUZ Mannheim vorbei. Sie hörten dabei rassistische Musik der Band RADIKAHL und gröhlten den Text lautstark mit: „…hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz…“.

Weiterhin wurde in der Nacht vom 31. März auf den 1. April der gesamte Bereich der Waldhofstraße, vom Alten Messplatz bis zum Neuen Messplatz, mit rechtsextremen Parolen versehen, u.a.: „Verteidige Dein Bezirk – Autonome Nationalisten“, „Anti- Antifa“, und vor dem JUZ Mannheim: „ Antifaschistische Struckturen aufdecken!“ (Alle Fehler im Original!).

Immer wieder versuchen Nazis unter dem Label „Anti-Antifa“ vermeintliche AntifaschistInnen zu observieren, um diese dann gezielt terrorisieren zu können. Dabei kam es in der Vergangenheit immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen. Eine Sprecherin des Ak Antifa dazu: „Die Schmierereien zeigen, dass der regionalen Naziszene das erfolgreiche Agieren des organisierten Antifaschismus in der Region ein Dorn im Auge ist. Dass dies so bleibt, dafür werden wir nicht nur am 1. Mai sorgen.“

Arbeitskreis Antifaschismus im JUZ Mannheim, 8. April 2005 ■

Mannheim Schwerpunkt der Skinhead-Szene

Der baden-württembergische Verfassungsschutzbericht 2004 nennt Mannheim und die Rhein-Neckar-Region wieder als einen der Schwerpunkt der Skinheadszene in Baden-Württemberg. Für die Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90/ Die GRÜNEN ist das ein Grund, trotz der bevorstehenden Schließung des rechtsextremen Treffs in Mannheim-Rheinau weiter wachsam zu sein.

„Die Zunahme der rechtsextremen Gewalttaten um 17% im vergangenen Jahr belegt, wie akut das Problem hier bei uns in Baden-Württemberg ist.“, zeigt sich der grüne Stadtrat Mathias Meder besorgt angesichts der Entwicklung. „Mannheim war dem heute in Stuttgart vorgestellten Bericht zufolge auch im Jahr 2004 einer der Schwerpunkte der Skinheadszene Baden-Württembergs. Das bedeutet für uns, dass wir mit unseren Aktivitäten gegen Rechtsextreme und Neonazis auch weiterhin nicht nachlassen dürfen.“ Seit dem Jahr 2000 haben sich die grünen Gemeinderäte in 15 Anträgen und Anfragen kontinuierlich mit dem Themenbereich Rechtsextremismus / Agenda gegen Rechts befasst.

Mannheim und die Rhein-Neckar-Region werden im Verfassungsschutzbericht im Bereich des Rechtsextremismus mehrfach genannt. So wird der Zusammenschluss mehrerer rechtsextremer Kameradschaften zum „Aktionsbündnis Rhein-Neckar“ als einzige gelungene Vernetzungsaktivität in Baden-Württemberg gewertet, die einzige NPD-Demo fand in Mannheim-Blumenau statt, eine rechtsextreme Skinheadband ist hier beheimatet. Mathias Meder: „Leider sind in dem Bericht nur Konzerte aufgeführt, die anderen Veranstaltungen wie Partys oder Informationsveranstaltungen werden nicht benannt. Neonazis führten außerdem im vergangenen Jahr in der Mannheimer Innenstadt mehrfach Propagandaaktionen durch, bei denen sie Flugblätter und Aufkleber verteilten. Vermeintlich Andersdenkende und MigrantInnen wurden angepöbelt oder sogar angegriffen.“

Auch für den 1. Mai fordert die Fraktion Wachsamkeit. „Rechtsextreme führen Demonstrationen in Frankenthal und Worms durch. Es bleibt abzuwarten, ob sie den Tag nicht für einen Abstecher nach Mannheim nutzen!“, warnt der grüne Fraktionsvorsitzende Wolfgang Raufelder.

Pressemitteilung der Grünen im Gemeinderat Mannheim vom 4. April 2005 ■

Pinneberger Neofaschisten als kriminelle Vereinigung angeklagt

FLENSBURG/PINNEBERG. Vor dem Flensburger Landgericht findet derzeit ein Prozess gegen fünf Neonazis aus Pinneberg statt. Als „Combat 18 - Pinneberg“ waren Klemens Otto und ein Dutzend Gleichgesinnter angetreten, um Schleswig-Holstein mit neofaschistischem Gedankengut zu versorgen. In den meisten Fällen ermitteln die Behörden noch. Fünf Fälle sind vor der 1. großen Strafkammer des Flensburger Landgerichts zurzeit angeklagt, die als Staatsschutzkammer tagt: Bildung einer kriminellen Vereinigung, Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts, Verwendung von Kennzeichen national-sozialistischer Organisationen, Körperverletzung, Sachbeschädigung, illegaler Schusswaffenbesitz.

Klemens Otto aus Halstenbek gilt dabei als Kopf der „Kameradschaft Pinneberg“, die auch auf das Elmshorner Bündnis gegen Neonazis Anschläge und Morddrohungen im Zuge des Landtagswahlkampfes der NPD vor fünf Jahren verübten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm und seinen vier Mitangeklagten die Bildung einer kriminellen Vereinigung vor, die darauf abzielte, die Monopolstellung im schleswig-holsteinischen Versand von CDs mit neofaschistischem material einzunehmen.

Der Hauptangeklagte scheint gut präpariert. Er tritt im hellgrauen Anzug, gesittet, fast unauffällig, mit kurzen Haaren auf. In seiner Erklärung nutzt er geschickt die sozialpädagogischen Erklärungsversuche, die es Neonazis immer schon leicht gemacht haben, mit milden Strafen davon zu kommen: Kindheit im gutbürgerlichen Elternhaus, dann aber Schlüsselerlebnisse von Hilflosigkeit und Enttäuschung, die ihn auf den verhägnnisvollen Drift an den rechten Rand brachten. Otto behauptet, er habe sich längst aus der Szene zurückgezogen. Dies führt er auf den für ihn bis dahin unbekannten Umgang mit „normalen Leuten“ während einer Ausbildung in einem Tätowierstudion zurück. Darüber habe er seine politischen Einstellungen dank seiner Frau überdacht. Auch ein Schlüsselerlebnis in Haft hätte zu seinem Umdenken beigetragen. Der Gipfel: Klemens Otto spricht der Gruppe kriminelle Motive als auch Gewaltbereitschaft ab: „Das widersprach nicht nur unserem politischen Selbstverständnis, sondern auch der Grundüberzeugung, nach außen ein anständiges Bild abgeben zu wollen.“ Na klar, man operierte ja auch größtenteils im Dunkeln und nicht am hellichten Tag. Der CD-Vertrieb sei zudem rein zufällig entstanden und habe sich ausschließlich an Gleichgesinnte gerichtet. Der Prozess wird voraussichtlich Ende April zur erneuten Beweisaufnahme unterbrochen und einen Monat später weitergeführt werden. Offensichtlich hat die Staatsanwaltschaft mit den Zeugenaussagen Probleme in der Beweisführung.

rua, Quelle: Pinneberger Tageblatt v. 4.4.05 ■

Erneuter Überfall durch Neonazis in Saarbrücken

Zwei Wochen nach den Übergriffen auf Besucherinnen des AJZ Homburg durch bewaffnete Neonazis wurden am Sonntagmorgen erneut vier junge Menschen Opfer neonazistischer Gewalt, diesmal mitten in der Saarbrücker Innenstadt.

Am frühen Sonntagmorgen, den 3.4.2005, gegen 3.00 Uhr wurden vier Menschen aus einer Gruppe von 10 Neonazis heraus angegriffen, drei von ihnen wurden teils schwer verletzt. Der Übergriff ereignete ganz in der Nähe der Diskothek „Garage“, aus der die 10 Angreifer kurz zuvor verwiesen worden waren, da sie bereits dort Streit mit Gästen provoziert hatten.

Eine Frau aus der 10-köpfigen Gruppe der Angreifer schlug einer jungen Frau

grundlos ins Gesicht, worauf der Freund der Angegriffenen ihr zu Hilfe kam. Daraufhin prügelten etwa fünf männliche Personen auf den jungen Mann ein und schlugen und traten ihn bis zur Bewusstlosigkeit. Einer der Angreifer bekannte sich, „stolz, ein deutscher Neonazi zu sein“. Der junge Mann erlitt schwere Verletzungen im Kopfbereich, darunter zahlreiche Hämatome und Frakturen, außerdem Verletzungen im Unterleibsbereich. Zwei Freunde, die dem Opfer helfen wollten, wurden ebenfalls angegriffen und attackiert. Einem der beiden wurde ein Finger gebrochen, dem zweiten immer wieder mit Fäusten auf den Kopf geprügelt. Nachdem die Opfer einen Rettungswagen gerufen hatten, traf auch die Polizei am Ort des Übergriffes ein. Statt nach den flüchtigen Tätern, die sich zu diesem Zeitpunkt noch ganz in der Nähe befinden mussten, zu suchen, nahmen die anwesenden Polizisten erst einmal die Personalien der Opfer auf. Auf das Angebot eines der Opfer, eine Beschreibung der Täter zu geben, ging die Polizei gar nicht erst ein.

Dies war nun der zweite Übergriff von Neonazis auf ihnen missliebige Personen innerhalb von nur zwei Wochen im Saarland, der schwer verletzte Opfer zur Folge hatte. Daneben gehören Körperverletzungen, Beleidigungen und Drohungen durch Neonazis mittlerweile im Saarland zum Alltag. Der Pressesprecher der Antifa Saar / Projekt AK erklärt hierzu: „Übergriffe wie diese, durch die sich Neonazis eine Hegemonie im öffentlichen Raum zu schaffen versuchen, und das indiskutable Verhalten der Polizei führen zu einer wachsenden Angst, vor allem unter den Menschen, die – wie etwa MigrantInnen, Linke, Obdachlose oder Menschen jüdischen Glaubens – die nächsten Opfer neonazistischer Gewalttaten sein könnten.“

Nachfragen über die eMail-Adresse:
antifasaar@yahoo.de
Antifa Saar / Projekt AK ■

Naziaufmarsch am 1. Mai 2005 in Leipzig

Am 1. Mai wollen freie Kameradschaften um Worch ein weiteres Mal durch Leipzig demonstrieren. Genauer gesagt ist es ein erneuter Versuch der Nazis durch den Leipziger Süden zu marschieren, welcher als alternativer Stadtteil bekannt ist.

Dieses Datum ist in den letzten Jahren zu einem zentralen Tag für Nazis geworden. So demonstrierten z.B. 2004 am 1. Mai ca. 1500 Nazis nahezu unbemerkt durch Leipzig während sich 3500 Kameraden in Berlin versammelten, was von entschlossenen Antifaschistinnen und Antifaschisten gebührend beantwortet wurde! Einen zentralen Naziaufmarsch wird es dieses Jahr nicht geben. Statt dessen wird u.a. nach Leipzig mobilisiert. Vor allem aber wegen der Niederlage der Nazis am 3.10. 2004 in Leipzig, wo sie nicht zuletzt aufgrund vielseitiger dezentraler Aktionen keinen Meter weit zum vermeintlich attraktiven Ziel, dem so genannten „Szenekiez“ Connewitz, kamen, ist hier mit einem zentralen Aufmarsch am 1.5.2005 zu rechnen.

Deshalb rufen wir alle dazu auf, sich den Nazis offensiv in den Weg zu stellen! Beteiligt euch an den dezentralen Aktionen ab 12.00 Uhr rund um den Hauptbahnhof! Genauere Informationen und News werden auf der Homepage **www.left-action.de/antifa** bekannt gemacht, auf der auch die Plakate, Flyer und Aufkleber für die Mobilisierung bestellt bzw. heruntergeladen werden können. Schlafplätze können über leipzig-1mai@lycos.com angefragt werden.Am Tag selbst gibt es ein Infotelefon (0341/3081199) für konkrete und kurzfristige Entwicklungen.

Leipziger Bündnis
gegen Naziaufmarsch ■

Nie wieder Volksgemeinschaft

Antifaschistische Demonstration gegen Nazi-Zentrum in Hohenberg

Am Samstag, den 9. April beteiligten sich ca. 1200 bis 1500 Menschen an einer Demonstration in Hohenberg, Gemeinde Rosenberg bei Ellwangen. Die Demonstration richtete sich gegen den ehemaligen Landgasthof „Goldenes Kreuz“, der im letzten Jahr von Andreas Thierry, einem seit Jahren aktiven Nazi gekauft wurde. Dieser arbeitet eng mit der „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) und der NPD/JN zusammen und will das Gebäude zu einem Zentrum für die regionale Nazi-Szene umbauen.

Die Demonstration setzte ein deutliches Zeichen gegen den Versuch der Nazis, in der Region weiter Fuß zu fassen. Die große Beteiligung lässt darauf hoffen, dass sich der Widerstand gegen das Nazi-Zentrum weiter fortführen lässt und die Nazis gezwungen werden sich wieder zurückzuziehen.

Mit der Demonstration wurde aber auch verdeutlicht, dass sich die antifaschistischen Proteste nicht spalten lassen. Im Vorfeld wurde von Teilen der bürgerlichen Medien und konservativen Kreisen versucht, gegen revolutionäre und militante AntifaschistInnen zu hetzen und sie teilweise sogar mit den Nazis gleichzusetzen. Das Bündnis, das die Demonstration organisierte, und die UnterstützerInnen ließen sich dadurch allerdings weder spalten noch verunsichern. So sprachen auf der Demonstration u.a. Peter Gingold,

ehemaliger Widerstandskämpfer und Mitglied der Vereinigumg der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Anne Rieger von der IG Metall, ein Pfarrer, ein Landtagsabgeordneter der SPD sowie ein Vertreter der Antifa Freiburg und eine Vertreterin der Antifa AG der Revolutionären Aktion Stuttgart. Trotz der Heterogenität der RednerInnen ebenso wie der DemonstrationsteilnehmerInnen vermittelte die Demonstration Entschlossenheit beim gemeinsamen Ziel – dem Verschwinden der Nazis aus Hohenberg.

Die Polizei, die im Vorfeld mit schikanösen Auflagen für die Demonstration provozierte, hielt sich während der Demonstration, wohl nicht zuletzt auch dank deren Stärke zurück. Lediglich zahlreiche Beamte des Staatschutzes in Zivil und Polizei-Kameras observierten die Demonstration bis zu deren Ende. Trotz Provokationen der Nazis, die die TeilnehmerInnen der Demonstration fotografierten, blieben die Proteste vor dem Haus weitgehend friedlich.

Der zeitgleiche Aufmarsch der Nazis in Schwäbisch Hall, zu welchem BDVG, NPD/JN und verschiedene „Freie Kameradschaften“ mobilisierten, kann für die Nazis wohl als Flop bezeichnet werden. Trotz großer Mobilisierung, der Sicherheit, dass nur wenige AntifaschistInnen in Schwäbisch Hall gegen den Aufmarsch protestieren würden, da sich deren Großteil an der Demo in Hohenberg beteiligte, und „hochrangiger“ Redner wie Lars Käppler, Alexander Neidlein (JN Landesvorsitzender) und Christian Worch, beteiligten sich nur etwa 200 Nazis daran.

Alles in allem war der Tag ein Erfolg für AntifaschistInnen, auf den sich sicher weiter aufbauen lässt. Die Nazis müssen in jedem Fall in Zukunft mit starkem und kontinuierlichem Widerstand gegen ihre Strukturen vor Ort und ihre Aufmärsche rechnen.

Revolutionäre Aktion Stuttgart ■

Bündnis gegen Nazi-Aufmarsch

Bürgerliches Lager fehlt jedoch weitgehend bei Aktionen

Rund 1.200 Menschen haben am 16.4.2005 in Essen gegen einen Nazi-Aufmarsch demonstriert. Der Runde Tisch gegen Rechts hatte zu einer Kundgebung in der Innenstadt aufgerufen, mit anschließender Demonstration in den Essener Westen, wo der Nazi-Aufmarsch stattfinden durfte. Parallel dazu fand eine Demonstration von Autonomen Antifaschisten, vor allem aus dem antideutschen Lager, statt, die von Rüttenscheid aus in den Essener Westen demonstrierten. Sie stießen zur Abschlusskundgebung in der Nähe des Bahnhofs Essen-West hinzu.

Den Aufruf „Essen stellt sich quer! Kein Platz für Neo-Nazis und Rechtsextremisten in unserer Stadt!“ hatten in kurzer Zeit knapp 1.000 Menschen unterschrieben. Dazu gehörten Vertreter von Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, der Ratsfraktionen und -gruppen von SPD, Grünen, PDS, DKP und AUF, aber auch 84 Beschäftigte der Karstadt-Filiale Essen-Borbeck, fast die komplette Belegschaft. Auch das Rednerspektrum war breit: Neben Peter Gingold (VVN-BdA) und dem DGB-Vorsitzenden Dieter Hillebrandt sprachen der Vorsitzende des Integrationsbeirates, Muhammet Balaban, Superintendent Helmut Keus und der Vorsitzende des Katholikenrates der Stadt Essen, Hans-Georg Kleine-Limberg.

Obwohl sich auf Initiative der PDS sowohl der Stadtrat als auch die Bezirksvertretung Essen-West einstimmig für ein Verbot des Nazi-Aufmarsches ausgesprochen hatten und zu Gegenaktionen aufgerufen hatten, fehlte das bürgerliche Lager bei der Demonstration jedoch. Der Oberbürgermeister, der an einer Klausur der CDU-Ratsfraktion zu Haushaltsfragen teilnahm, ließ sich von Bürgermeisterin Annette Jäger (SPD) vertreten. Auch die SPD hatte erst einen Tag vorher offiziell aufgerufen.

Demagogischer Nazi-Aufruf

Der Nazi-Aufmarsch war von Andreas Reitz aus Pulheim und Siegfried Borchert („SS-Siggi“) aus Dortmund angemeldet worden. Beide sind einschlägig wegen Volksverhetzung, Borchert auch wegen verschiedener Schlägereien vorbestraft. Sie sind dem Spektrum des Kampfbundes Deutscher Sozialisten (KDS) zuzurechnen, einer Gruppierung, die von Kennern der Szene als eher wirr eingeordnet wird. Die Demonstration, bei der auch Christian Worch sprach, sollte in gewisser Weise wohl auch einen Kontrapunkt zu der in den Kameradschaften umstrittenen Unterstützung der NPD setzen. Sie fand parallel zum Landtagswahlkampf-Auftakt der NPD in Stolberg bei Aachen statt.

Dem entsprach der für viele Antifaschisten eher verblüffende Aufruf: Die Überschrift lautete „Keine Waffen für Israel!“, der Text greift Losungen auf, die aus der Friedensbewegung stammen („Atomwaffen verschrotten!“) und verbindet sie mit antiamerikanischen und antiisraelischen Verschwörungstheorien. Man kann dem Aufruf nur schwer Antisemitismus nachweisen, im Verbund mit den Unterzeichnern wirkt er aber genau so. Verschwörungstheorien waren schon immer ein wesentlicher Bestandteil des Antisemitismus.

Foto: Siggi Stoff

Eine mit rund 100 Teilnehmern gut besuchte Diskussionsveranstaltung verschiedener Antifaschistischer Gruppen im Stadtteilzentrum Zeche Carl befasste sich einige Tage vor dem Aufmarsch mit der Frage, wie der Aufruf und die Übernahme von Elementen linker (Sub-)Kultur durch Teile der militanten Neonazi-Szene einzuordnen sind. Die Veranstaltung warf jedoch mehr Fragen auf, als sie beantwortete.

Kein Verbot, aber „Stiefel aus!“

Nicht zuletzt wegen des indifferenten Aufrufes sah der Polizeipräsident diesmal keine Möglichkeit, den Aufmarsch zu verbieten. Er hat in den letzten Jahren zweimal Verbote gegen faschistische Aufmärsche ausgesprochen, einmal mit Erfolg. Diesmal hielt er es für wahrscheinlich, dass ein Verbot vom Verwaltungsgericht „kassiert“ wird und womöglich noch zu einer Aufwertung der Aufrufer führt.

Dass die Polizei den Anmelder aus der rechten Szene als Alternative zur Innenstadt, wo sie ursprünglich demonstrieren wollten, jedoch ausgerechnet eine Route durch einen der dichtbesiedeltsten Stadtteile Essens anbot, stieß bei vielen auf völliges Unverständnis und wurde von vielen Bewohnern des Stadtteils beunruhigt aufgenommen. „Insbesondere die vielen Migrantinnen und Migranten, die in Frohnhausen wohnen, empfinden den Aufmarsch als Provokation,“ hieß es in einer Presseerklärung des Runden Tisches gegen Rechts.

Immerhin: Die Auflagen waren scharf. Nicht nur das Rufen von Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ war verboten. Auch eindeutig der Szene zuzuordnende Kleidungsstücke wie Bomberjacken und Springerstiefel waren untersagt. Diese Auflage führte dazu, dass einige der aus ganz NRW angereisten Nazis vor die Alternative gestellt wurden, barfuss mitzulaufen oder nach Hause zu fahren. Sie entschieden sich für Letzteres.

Im Stadtteil selbst stieß der von einem großen Polizeiaufgebot abgeschirmte Zug der 250 Nazis an mehreren Stellen auf Protest. Der Runde Tisch hatte dazu vorher in Flugblattaktionen aufgerufen. Einige Geschäfte hatten die Plakate zur Gegendemonstration ausgehängt. An Straßenecken und auf dem Platz der Zwischenkundgebung waren antifaschistische Losungen auf den Boden gemalt worden. In der Kölner Straße hing ein großes Transparent quer über der Straße. Ein anderer Anwohner der gleichen Straße hatte allerdings eine Deutschlandfahne aus dem Fenster gehängt.

Die Demonstration des Bündnisses gegen Rechts stieß im Stadtteil an vielen Stellen auf Interesse. Bei der Abschlusskundgebung an der Eissporthalle protestierten viele Teilnehmer in Hörweite der Auftaktkundgebung der Nazis lautstark. Die Bezirksschülervertretung und der Vorsitzende des Stadtverbandes der GEW setzten sich damit auseinander, wie 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus an den Schulen und durch die Erziehung Neofaschismus entgegengewirkt werden kann. Die Veranstalter bekräftigten eine Forderung, die morgens auch Peter Gingold erhoben hatte: Der nordrhein-westfälische Landesinnenminister Behrens (SPD) soll endlich wirksame Schritte unternehmen, um wie in Brandenburg die hier tätigen Kameradschaften zu verbieten.

Im Anschluss an die Abschlusskundgebung gingen viele Teilnehmer insbesondere der autonomen Demonstration in den Stadtteil. Hierbei gab es an einer Stelle Auseinandersetzungen mit der Polizei, die aber verhältnismäßig glimpflich ausgingen.

Wolfgang Freye ■

„Sie schlagen sich Schmisse ins Gesicht – denn auf dem Hintern sieht's man nicht"

Die schlagenden Verbindungen des Hamburger Waffenringes

von Felix Krebs

Um den Verlust der deutschen Ostgebiete" zu betrauern kommen am 22. April in Hamburg mehrere hundert schlagende Verbindungsbrüder zu einem sogenannten „Feierlichen Festkommers" zusammen. Als Kommers bezeichnet der verbindungsstudentische Sprachgebrauch eine festliche und repräsentative Form der Zusammenkunft, typischerweise anlässlich von Stiftungsfesten, Stadt- oder Universitätsjubiläen.

Die Veranstaltung in den Mozartsälen ist deplatziert! Erst recht, da die Veranstaltung am Ort der Deportation von tausenden von HamburgerInnen jüdischen Glaubens stattfindet. Doch voraussichtlich war das von den Veranstaltern noch nicht einmal als Provokation gedacht, spricht allerdings für das jeglicher Verantwortung und jeglicher Zweifel „befreite" Deutschlandbildes dieser Kreise.

Wie feiert man in waffenstudentischen Kreisen den achten Mai? Richtig, gar nicht. Denn für den Großteil der schlagenden Verbindungen ist dieses Datum nicht der Tag der Befreiung vom Faschismus, sondern verbunden mit dem Untergang des Deutschen Reiches, Schmach und Erniedrigung, dem Verbot ihrer Verbände zumindest in der DDR, und einem Bedeutungsverlust bis heute. Hinzu kommt der Verlust der ehemaligen deutschen Ostgebiete, welche von vielen Korporationen bis heute nicht als völkerrechtliche Tatsache und Konsequenz des mörderischen deutschen Vernichtungskrieges in Osteuropa akzeptiert wird. So ist es nur folgerichtig, dass die im Hamburger Waffenring zusammengeschlossenen Verbindungen statt des achten Mai's zwei Wochen zuvor am 22. April einen „Feierlichen Festkommers – 750 Jahre Stadt Königsberg" feiern wollen. Dass man hier revanchistischen Konzeptionen anhängt, wird schon durch die bewusste Ignoranz des heutigen Kaliningrad im Titel deutlich, die „Preußische Allgemeine Zeitung" als Co-Veranstalter steht für entsprechende Inhalte. Sie hieß bis vor wenigen Jahren noch „Das Ostpreußenblatt", wird von der aus öffentlichen Mitteln bezuschussten Landsmannschaft Ostpreußen (LO) herausgegeben, und besitzt starke inhaltliche und personelle Überschneidungen hinsichtlich der AutorInnen mit der rechtsextremistischen Jungen Freiheit (JF).

Für rechte Inhalte wird auch der Festredner des Königsberg-Kommerses, Jörg Schönbohm, Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident von Brandenburg, sorgen. Der ehemalige General gehört dem Stahlhelm-Flügel der CDU an und versucht mit rechter Propaganda seit Jahren dafür zu sorgen, dass rechts der Union kein Platz für eine Partei bleibt. Deshalb gab er auch schon zweimal Interviews in der völkischen JF, wo er u.a. behauptete, der Aufstand der Anständigen sei verantwortlich für die Zunahme neofaschistischer Straftaten.

Es ist also zu erwarten, dass sich am 22. April mehrere hundert Personen aus der Grauzone zwischen rechtem Rand der Union, Vertriebenen und der extremen Rechten in Hamburg treffen werden. Ein Grund, den Hamburger Waffenring mal genauer zu betrachten.

Der Hamburger Waffenring wurde 1951 als Zusammenschluss der schlagenden Vorort-Verbindungen aus der Deutschen Burschenschaft (DB), dem Coburger Convent der Landsmannschaften und Turnerschaften (CC) und dem Corps Irminsul aus dem Weinheimer Senioren-Convent (WSC) gegründet. Diese treffen sich regelmäßig wechselnd auf ihren Häusern, schlagen Pro-Patria-Mensuren, und veranstalten auch größere Zusammenkünfte, wie z.b. den Interkoporations-Workshops zur Elitebildung und Nachwuchsrekrutierung unter dem Motto „Können ist gut – Kennen ist besser". Gemeinsam ist den Waffenstudenten eine patriarchalische, männerbündische Ideologie, die Frauen in den eigenen Reihen, sowie eine emanzipatorische Politik ablehnt; ein Hang zur Exklusivität, gepaart mit Elitedünkel und Protektionismus der eigenen Klientel; und sehr häufig ein völkisches Nationenverständnis mit großdeutschen Ansprüchen und der Ablehnung von Nichtdeutschen bis hin zum Rassismus – die Grenzen zur extremen Rechten sind bei einigen von ihnen fließend:

■ Burschenschaft Germania Hamburg (DB)

Die Germanen haben eine lange neofaschistische Tradition und vertreten selbst in ihrem bundesweiten Dachverband eine rechts-außen Position. Schon 1958 musste sich ein Mitglied dieser Burschenschaft für eine nationalistisch-großdeutsche und geschichtsrevisionistische Rede vor dem Syndikus der Universität verantworten. 1961 gründete die Germania zusammen mit anderen Burschenschaften das innerverbandliche Rechts-Kartell Burschenschaftliche Gemeinschaft. (siehe AIB Nr. 65) Die Wiederbelebung der völkischen Ideologie wird in offen NS-apologetischer Weise von der Germania gerechtfertigt. Sie sei nötig, da „die totale Niederlage Deutschlands im Jahre 1945 (...) auch die weltanschaulichen und politischen Ziel- und Wertvorstellungen, die früher selbstverständlich waren, völlig in Frage" stelle.

Vor diesem ideologischen Hintergrund orientierte sich die Germania Anfang der 70er Jahre an der NPD und es gab personelle Überschneidungen zu dem damaligen Hoffnungsträger der extremen Rechten. Mit dem Scheitern der NPD auf Bundesebene wurde erst wieder Ende der 80er Jahre mit den Republikanern eine Partei attraktiv für die Verbindungsstudenten. In den 90er Jahren wandte sich die Germania stärker der sog. Neuen Rechten zu. Der Hamburger Leserkreis der JF, der sog. Hamburger Kreis (HK) traf sich regelmäßig im Germanenhaus und lud namhafte Referenten der extremen Rechten zu Schulungen ein. Insbesondere die radikale Entwicklung des Hamburger Leserkreises und seine Beobachtung durch den Hamburger Verfassungsschutz (VS) führte dazu, dass sich die JF von ihrer braunen Subkultur formell trennte. Neben der nicht zu unterschätzenden Ideologiebildung für neofaschistische Kreise in Hamburg, gab es bei der Germania in den 90er Jahren auch einen militant-neonazistischen Flügel.

Anfang der 90er Jahre lud André Goertz, Landesvorsitzender der inzwischen verbotenen FAP, mit „Heil Euch Kameraden“ zu Treffen in das Germanenhaus ein. Und über ein Komitee für Freiwillige Reservistenarbeit Nord (KON) nahmen Burschenschafter, auch aus der Germania, an Wehrsportübungen teil. Ebenfalls in dieser Zeit war Rolf Leppert Bursche in der Sierichstr. 23 und zeitgleich Mitarbeiter des berüchtigten Nazianwalts Jürgen Rieger. Heute lenkt er als Jurist und Alter Herr die Vereinsgeschäfte seiner Burschenschaft.

Inzwischen gibt es Anzeichen dafür, dass sich die Germania wieder der NPD zuwendet. Im Jahr 2000 empfahl die NPD „national gesinnten Studenten“ die Mitgliedschaft in der Germania und diese wiederum sandte potentiellen NPD-Mitgliedern Informationsmaterial zu. Bis April 2004 wohnte der Betreiber des neonazistischen „Nordic-Hammer-Versandes“, Sascha Keller in der Sierichstr., er unterstützt das „Projekt Schulhof“ aus dem Kreis der militanten Freien Kameradschaften. Auch ein Vortragsabend der Germanen im vergangenem Dezember richtete sich explizit an Interessierte aus NPD und Freien Kameradschaften: „60 Jahre Kesselschlacht in Halbe“ war das Thema. Trotzdem schaffte es die Germania in die Landesregierung zu kommen. Christian Brandes konnte als hochschulpolitischer Sprecher der Schill-Partei bis 2004 die Bürgerschaft als Tribüne für seine anti-egalitäre und reaktionäre Propaganda benutzen. Über ihn ist seine Burschenschaft auch mit dem „Verein für Denkmalerhaltung“ und dem vorstandsidentischen „Verein zur Erhaltung des 76er Denkmals“ vernetzt. Das 76er Denkmal, bundesweit eher als Kriegsklotz bekannt, wurde von den Nazis erbaut und trägt die Inschrift „Deutschland muß leben – und wenn wir sterben müssen“.

■ Burschenschaft Hansea-Alemannia (DB)

Die Hansea nahm die Mitglieder der schon im ersten Weltkrieg vertriebenen „Alten Straßburger Burschenschaft Alemannia“ auf und steht nicht ganz so weit rechts wie die Germania Hamburg, pflegt aber enge Kontakte zu dieser. Ihr Mitglied Patrick Martens organisierte in den 90ern mehrere Veranstaltungen in seinem Burschenschaftshaus zu Themen der Neuen Rechten u.a. mit Karlheinz Weißmann.. Martens publizierte in dem Sammelband „Wir 89er“ aus dem Umfeld der JF und ist Bewunderer des Konservativen Revolutionärs Ernst von Salomon. Der ehemalige Freicorpskämpfer Salomon war an der Ermordung des jüdischen Außenministers Rathenau in den 20er Jahren beteiligt.

Beziehungen in völkisch-pagane Kreise bestanden in den 90er Jahren über den Hansen Sven-Onnen Fischer zum „Heidenkreis Hamburg e.V.“ In dem Verein sitzen auch Korporierte aus anderen Verbänden und Mitbegründerin Iris-Kathrin Fischer, Schwester von Sven, trat unter dem Pseudonym Swantje Swanhwit als Nazi-Bardin auch vor Jürgen Riegers Kreisen auf.

■ Burschenschaft Germania-Königsberg (DB)

Schon der Name verdeutlicht, dass man von alten Gebieten nicht lassen will. Diese Burschenschaft integrierte 1950 die Burschenschaft Askania, eine extrem antisemitische, schlagende Verbindung, welche schon vor 1933 ein Hakenkreuz im Wappen trug. Bis 1997 stellten die Königsberger ihr Haus der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), damals Jugendorganisation der LO zur Verfügung. In dieser Zeit geriet die JLO unter Beobachtung durch den VS und spaltete sich in den Bund Junges Ostpreußen (LO-nah) und die heutige JLO, welche alljährlich den Naziaufmarsch in Dresden organisiert. Der Burschenschafter Bernhard Knappstein, damals JLO-Schriftleiter organisiert übrigens den Königsberg-Kommers am 22. April. Seit Jahren trifft sich jedoch noch immer die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft“ in den Räumen der Germania-Königsberg – obwohl dem Hamburger VS-Vize Manfred Murck „personelle Überschneidungen zu rechtsextremistischen Organisationen bekannt“ sind. Laut Rechtsextremismus-Experten Prof. Wolfgang Gessenharter ist die SWG ein wichtiges Scharnier zwischen Konservativen und Rechtsextremisten. Die SWG wurde vor über 40 Jahren von ehemaligen Nazis gegründet und hat seitdem Dutzenden von namhaften Referenten von Alt- und Neonazis, Vertriebenen, Geschichtsrevisionisten, Neuen Rechten bis hin zu CDU-Funktionären ein Forum geboten. Im letzten Jahr trat z.B. der ehemalige Brigadegeneral Reinhard Günzel über die SWG bei den Königsbergern auf. Günzel wurde aus der Bundeswehr entlassen, weil er sich mit dem Antisemiten Martin Hohmann solidarisiert hatte. Medienbeauftragter der SWG ist, wen wundert´s, Bernhard Knappstein.

■ Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock (CC)

Weder örtlich (ebenfalls Sierichstr.) noch ideologisch sind die Meckis weit von der Germania-Hamburg entfernt, man pflegt auch hier einen völkisch-großdeutschen Vaterlandsbegriff. Eine Rede ihres Alten Herren Prof. Dieter Wiebecke´s sorgte 1993 selbst innerhalb des CC für einen Eklat, weil er die beispiellose Hingabe und Opferbereitschaft der 6. Armee in Stalingrad 1943 als Vorbild für die heutige Jugend bei einer militaristischen Totenehrung in Coburg lobte. Als quasi programmatisch steht die Rede bis heute auf den Internetseiten der Mecklenburgia. Bekanntester Alter Herr in neofaschistischen Kreisen dürfte jedoch Emil Schlee, ehemaliger Europaabgeordneter der REP und Multifunktionär in völkischen Kreisen, sein. Ein weiterer nicht ganz so alter Herr ist Hanno Borchert, er war der Kopf des Hamburger Kreises und fand 1997 eine namentliche Eintragung im Hamburger VS-Bericht. Er engagierte sich auch bei der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst“ und bei den völkischen „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ sowie dem Heidenkreis Hamburg. Von diesem Verein kommt auch der Alte Herr Daniel Junker, welcher in seinem Verbindungshaus 2003 den Vortrag „Restauration der Götter. Völkische Religiosität in der Weimarer Republik“ hielt. Andere Vorträge bei den Meckis hielten u.a. Reinhard Günzel (s.o.), Dieter Stein (Herausgeber der JF), Reinhard Uhle-Wettler, (Vorsitzender der SWG), aber auch Professoren der Hamburger Uni und der Wirtschaftssenator von Hamburg Gunnar Uldall.

Freitag, 22. April Kundgebung gegen die schwarz-braunen „Waffenbrüder“

„Um den Verlust der deutschen Ostgebiete“ zu betrauern kommen am 22. April in Hamburg mehrere hundert schlagende Verbindungsbrüder zu einem sogenannten „Feierlichen Festkommers“ zusammen. Gegen die Veranstaltung in der Niedersächsischen Provinzialloge, unmittelbar am Ort der Deportation von tausenden von HamburgerInnen jüdischen Glaubens ruft der Uni-AstA mit Unterstützung des Antifaschistischen Bündnis Hamburg zu einer Kundgebung auf.

19.00 Uhr, Platz der Jüdischen Deportierten/Moorweidenstraße

■ Corps Irminsul (WSC)

Gingen die konservativ, elitären Corps aus KSCV und WSC in den letzten Jahren auf Distanz zur Deutschen Burschenschaft, ja kündigten die Zusammenarbeit mit Verweis auf deren offene Flanke zum Rechtsextremismus in vielen Bereichen gänzlich auf, so trifft dieses nicht auf das Hamburger Corps Irminsul zu. Das älteste Hamburger Corps pflegt seit längerem gute Kontakte zu den Hamburger Burschenschaften und man kandidierte mit Waffenstudenten aus DB und CC auf gemeinsamen Listen zum Studierendenparlament. Millionärssohn Sebastian Greve lobte im StuPa die Kriegsheldentaten seines ritterkreuztragenden Großvaters und sitzt gemeinsam mit Roger Zörb nicht nur als Alter Herr im Corps Irminsul, sondern auch im Vorstand des „Bismarckbundes e.V.“ Dieser Verein alter Monarchisten, Preußenfans und Revanchisten um Schirmherr Ferdinand Fürst von Bismarck hält alljährlich Reichsgründungsfeiern im Sachsenwald ab und zeichnet am 3. Oktober verdiente Rechte mit einer Bismarckmedaille aus, darunter sind auch verfassungsschutz-bekannte Personen. Zörb ist darüber hinaus noch im Aktuellen Vorstand der SWG, was seiner Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Mittelstands-Vereinigung jedoch keinen Abbruch tut. *aus Platzgründen gekürzt* ■

Gedenken in Buchenwald

An der vom Internationalen Komitee Buchenwald/Dora anlässlich des 60. Jahrestages der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers veranstalteten Kundgebung auf dem ehemaligen Appellplatz am Sonntag, den 10. April nahmen viele Menschen aus der Umgebung, aber auch aus anderen Teilen der BRD teil, die zum Teil lange Busfahrten hinter sich hatten, als sie auf dem Ettersberg ankamen. Sie erlebten eine beeindruckende Feierstunde, an der auch viele ehemalige Häftlinge, einige von ihnen in ihrer alten Lagerkleidung, teilnahmen.

Besonders bewegend war die Rede einer ehemaligen Zwangsarbeiterin aus Polen, die in einem Buchenwald-Außenlager in Leipzig gefangengehalten wurde und Zwangsarbeit verrichten musste. Sie wies auf die von den Faschisten versklavten Frauen aus vielen Ländern Europas hin, deren Schicksal und deren Widerstand bisher kaum zur Kenntnis genommen wurden.

Kurt Julius Goldstein, Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, der im Februar 1945 von der SS in einem Todesmarsch von Auschwitz nach Buchenwald getrieben wurde, schilderte seine Erlebnisse und die organisierte Solidarität der Häftlinge des Lagers bei Weimar.

Die Feier endete mit der Verlesung eines neuen Schwurs von Buchenwald, der in fünf Sprachen von Enkel(inne)n ehemaliger Häftlinge vorgetragen wurde.

tri, Fotos: arbeiterfotografie ■

aus der Rede von Felicija Karay:

Ich bin ein weiblicher Häftling der Hasag Leipzig. Dieses Lager war eines von 23 Außenkommandos von Buchenwald, wo über 28 000 Frauen arbeiten muss-ten. Nur Frauen, aus ganz Europa: Französinnen, Polinnen, Jüdinnen, Sinti und Roma, Ungarinnen, Frauen aus der Tschechoslowakei, aus Italien und Rußland.

Wer hat etwas von uns gehört, wer hat etwas über uns gewusst?

„Buchenwald“ – das Wort klingt stolz, dort waren Männer, Kämpfer. Und wer waren wir? Wir wurden von unseren Familien getrennt, unsere Kinder waren zu Waisen verurteilt. Unsern Männern blieb nur ein Foto von uns. Unsere Mütter starben vor Sehnsucht. Die deutschen Herrscher haben uns alles genommen: die Freiheit, die Jugend, unsere Weiblichkeit, unsere Schönheit... selbst unsere armselige Kleidung. Tag für Tag marschierten wir in Holzpantinen, in hässlichen grauen gestreiften Kitteln, meist mit kahlrasiertem Kopf zur Arbeit in die Fabriken: Sklavenarbeiterinnen in der deutschen Rüstungsindustrie. Stundenlang, bei Matsch und Kälte, mussten wir beim Appell stehen. In der Nacht bissen uns die Läuse, und am Tag ätzte uns das Öl von den Maschinen. Wir mussten 8, 10 oder gar 12 Stunden in Tag- und Nachtschicht arbeiten. In den Fabriken hatte die SS verbreitet, wir seien Diebinnen und Prostituierte. Halbtot vor Erschöpfung standen wir für die tägliche Rübensuppe in der Schlange. Jeder Meister, jede Aufseherin konnte uns jederzeit schlagen oder befehlen, dass uns die Haare abrasiert wurden.

Wen hat damals unser Schmerz interessiert, wen kümmerte es, dass wir gedemütigt wurden? Man hatte uns das Recht, Frauen zu sein, abgesprochen: Wir durften keinen Kontakt zu Männern haben, wir durften keine Kinder zur Welt bringen. Schwangere schickte die SS nach Auschwitz. Die anderen Frauen hatten nur ein Recht zu leben, solange sie arbeiten konnten. In manchen Lagern mussten die Frauen sogar schwere Holzstämme tragen. In anderen Lagern wurde die Verträglichkeit von Giften an uns getestet.

Wir, die vergessenen Frauen von Buchenwald aus ganz Europa, waren die „Stütze“ der deutschen Kriegswirtschaft! Warum? Weil wir billig waren, weil der Fabrikbesitzer für eine Frau nur die Hälfte dessen an die SS zahlen musste, was ihn eine männliche Arbeitskraft gekostet hätte! Aber wir haben nicht schlechter als die Männer gearbeitet und wir konnten den Hunger viel besser ertragen...

Kein Wunder, dass die SS uns gern zu lebendigen Robotern gemacht hätte. Ohne Herz, ohne Gefühl, ohne eigenen Willen. Der Plan war rentabel, aber er gelang nicht. Wir hatten keine Gewehre, keine Handgranaten, um einen Aufstand zu machen. Unser Widerstand sah anders aus: In jedem Lager, in jeder nationalen Gruppe organisierten die Frauen gegenseitige Hilfe und pflegten ihre Kultur. Wir sangen gemeinsam, veranstalteten literarische Abende – an denen manchmal ganz neue Dichterinnen hervortraten – oder Wettbewerbe, wer die beste Satire auf die böse Blockälteste schreibt.

Wir warteten auf die Freiheit. (...)

aus der Rede von Julius Goldstein:

… 60 Jahre ist es jetzt her, da erlebten wir hier oben in Buchenwald Apriltage, wie sie sicher einmalig in unserem Leben bleiben. in den ersten Apriltagen hörten wir, wenn auch noch aus der Ferne, dass sich die Alliierten Befreiungsarmee dem Lager näherte. Die SS versuchte, das Lager zu evakuieren. Die Genossen der Lagerleitung taten ihr Möglichstes, das zu verhindern. Doch zu welchen Verbrechen waren die faschistischen Verbrecher, den eigenen Untergang vor Augen, noch bereit!

Im Morgengrauen des 17. Januar begann für uns ca. 3.000 Häftlinge im Nebenlager Jawischowicz (ein Nebenlager von Auschwitz, red.), in dem ich seit Juli 1942 war, der Todesmarsch. Jeder bekam ein ganzes Brot und es erging die Weisung, seine Decke mitzunehmen. Drei Tage marschierten wir bei -15 Grad über tief verschneite Straßen, übernachteten im Freien. Wer beim Marschieren nicht mehr mitkam oder im Morgengrauen beim Befehl „Antreten“ nicht mehr hoch kam, wurde von den SS-Banditen erschossen. Dann wurden wir in offene Kohlewaggons verladen. Nach 2 Tagen kamen wir in Buchenwald an. Verpflegung hatte es während des ganzen Marsches und der Bahnfahrt nicht gegeben. Von den 3.000 beim Abmarsch waren wir noch etwa 500 mehr tot als lebendig, als wir in Buchenwald am Lagertor aus den Händen der SS-Banditen in die der Buchenwaldcapos kamen.

Mir ist für mein ganzes Leben in Erinnerung geblieben, mit welcher geradezu liebevollen Kameradschaftlichkeit uns die Buchenwalder behandelten. Sie haben damit viel dazu beigetragen, dass wir allmählich auftauten und ins Leben zurückfanden.

… Durch meine französischen und jugoslawischen Kameraden und einige deutsche Interbrigadisten erfuhr ich im Laufe der Wochen, dass es in Buchenwald gelungen war, im zähen Ringen und Stück für Stück die Einheit aller aktiven Antifaschisten zu schaffen; die Einheit im erbitterten Widerstandskampf aller Parteien und die Einheit aller Nationen. Das war die Grundlage dafür, dass die internationale Widerstandsorganisation in allen nationalen Gruppen bewaffnete Einheiten schuf. Die lagen jetzt in Bereitschaft und sie bereiteten sich auf den Endkampf mit der SS vor. Der fand am 11. April statt. Die dritte amerikanische Armee hatte mit ihrem Angriff auf Erfurt begonnen. Der Donner der Geschütze kam immer näher. In der Luft erschienen im Laufe des Vormittags zuerst amerikanische Aufklärungsflugzeuge und dann konnten wir auch Jagdbomber bei ihren Angriffsflügen vom Lager aus beobachten. Gegen 14.00 Uhr sahen wir dann, wie unsere bewaffneten Kameraden den Stacheldrahtzaun und die Wachtürme gestürmt haben. Die SS-Leute wurden gefangen genommen. Insgesamt nahmen die bewaffneten Häftlingseinheiten bei der unmittelbaren Befreiung des Lagers 120 SS-Leute und in der Umgebung weitere 100 SS-Leute gefangen. Sie wurden im Lager eingesperrt. Keinem wurde ein Haar gekrümmt und sie wurden den Amerikanern als Kriegsgefangene übergeben.

Gegen 16.00 Uhr verkündete der Lagerälteste Kamerad Hans Eigen über alle Lautsprecher: „Kameraden, wir sind frei!“

... Nach der Befreiung am 11. April beschloss das Internationale Lagerkomitee am 19. April abends auf dem Appellplatz eine Trauerfeier für die 52.000 in Buchenwald Ermordeten durchzuführen. Am Ende dieser Trauerfeier wurde der in die Weltgeschichte eingegangene Schwur von Buchenwald in französischer, russischer, polnischer, englischer und deutscher Sprache verlesen und die 21.000 versammelten Häftlinge beschworen ihn. In seinen Kernaussagen ist er heute so gültig wie vor 60 Jahren…

Wenn wir heute nach jahrzehntelangem Ringen für die Verwirklichung unseres

Schwurs Bilanz ziehen, dann müssen wir mit Bedauern feststellen, dass es uns in unserem deutschen Heimatland nicht gelungen ist, alle Naziverbrecher vor Gericht zu bringen. Wir sind auch weit entfernt von einer Welt des Friedens und der Freiheit.

Gegenwärtig aber ist das Beunruhigendste, dass es nicht gelungen ist, die Wurzeln des Nazismus zu vernichten. … Man stelle sich vor, das höchste deutsche Gericht, das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, hält die Demonstrationsfreiheit für ein so hohes Gut, dass die Nazis in Wunsiedel, dem Geburtsort des Hitlerstellvertreters Hess, zu dessen Ehren demonstrieren dürfen. Nicht genug damit, in Bochum beschließt die Stadtverordnetenversammlung die in der Pogromnacht der Nazis im November 1938 abgefackelte Synagoge wieder aufzubauen. Dagegen wollen die Neonazis demonstrieren. Städtische und Landesorgane verbieten diese Demonstration. Und wieder, es ist kaum zu glauben, aber es ist Tatsache, die Richter in Karlsruhe erlauben auch diese Demonstration.

… Aber liebe Freunde, wir sind nicht die Klageweiber der Geschichte. Wir sind der noch lebende Beweis dafür, dass der Kampf für Frieden, Freiheit und Glück immer möglich ist. Unser langes Leben hat uns gelehrt, dass man nie aufgeben darf, dass man im Herzen die Flamme der Hoffnung und den Willen bewahren muss, eine bessere Welt aufzubauen. Eine Welt, die der Menschheit würdig ist. ■

Der 8. Mai bleibt Tag der Befreiung!

Die Lage in der Hauptstadt, was, wann und wo am 8. Mai stattfinden wird, ist „unübersichtlich". Den augenblicklichen Stand dokumentiert eine Infomail der Antifaschistischen Linken Berlin (AIB).

Das Bündnis „Europa ohne Rassismus" muss gerade einen herben Rückschlag verkraften. Das vorwiegend aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, aber auch Vertretern von Parteien, Gewerkschaften und der Kirche zusammengesetzte Bündnis hatte eine Kundgebung am Brandenburger Tor angemeldet. Am nationalen Symbol der Deutschen wollte es ein Zeichen gegen den Aufmarsch der NPD/JN setzen. Schnell sagte der Berliner Senat seine finanzielle Unterstützung zu. Problematisch war jetzt nur noch das Demonstrationsrecht, das den rechten Erstanmeldern das demonstrieren an diesem Ort eigentlich erlauben müsste. Um die Bilder von den Nazis zu vermeiden, die am Tag der Befreiung durch das Brandenburger Tor marschieren, entschieden sich Bundesregierung und Senat kurzerhand für einen Staatsakt im Bundestag, der an den historischen Ort am Brandenburger Tor übertragen werden soll. Als offizielle staatliche Veranstaltung hat dieser eine grundsätzliche Bevorzugung gegenüber dem Demonstrationsrecht. Den meisten Initiativen aus „Europa ohne Rassismus" kam dies gelegen, gab es nun anscheinend keine Probleme mehr, ihre Kundgebung durchzuführen.

Anfang letzter Woche wurden sie allerdings eines Besseren belehrt. Ein Vertreter des Senats klärte sie darüber auf, dass sie von der Gestaltung des Programms auf den Bühnen ihrer Kundgebung ausgeschlossen seien. Sogar ein neuer Aufruf wurde für die Kundgebung verfasst, dessen Erstunterzeichner, neben der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und diversen Stiftungen, alle Parteien des Bundestags inklusive Edmund Stoiber von der CSU sind. Ausnahme ist die PDS, die zwar auch Erstunterzeichnerin sein wollte, aber wegen der CDU nicht durfte. Der Inhalt und das Motto („8. Mai – Ein Tag für die Demokratie") sind inhaltsleer und versuchen den 8. Mai im Sinne neuer weltpolitischer Ambitionen der rot-grünen Bundesregierung umzudeuten und das Grundgesetzt als einzige Lehre aus dem Nationalsozialismus darzustellen. Dementsprechend verwundert es kaum, dass nun auch der Charakter des Programms ein wesentlich anderer ist. Da aber nur die Erstunterzeichner des neuen Aufrufs über die Gestaltung des Programms bestimmen dürfen, gibt es für „Europa ohne Rassismus" keine Einflussmöglichkeiten mehr.Trotzdem seien sie natürlich herzlich eingeladen zu am 8.Mai vorbei zu kommen, hieß es von Seiten des Senats.

Frech wurde den einzelnen Initiativen, ersatzweise zum eigenen Programm auf den Bühnen, die Möglichkeit zur Selbstdarstellung in Zelten vorgeschlagen. Diese werden in der Nähe der Veranstaltung auf der so genannten „Meile der Demokratie" stehen. Größtenteils wird dieses Vorgehen im Bündnis als Skandal empfunden. Zwar soll trotzdem weiter gemacht werden, allerdings ist unklar, was für Möglichkeiten es derzeit noch gibt.

ENDLICH TUT DIE REGIERUNG WAS GEGEN DIE AUFZÜGE DER NEO-NAZIS!

Den OrganisatorInnen einer Brecht-Inszenierung, den „Himmlischen Vier", die noch vor den Nazis angemeldet hatten, wurde nahe gelegt die Veranstaltung abzusagen. Sogar die AnmelderInnen der Veranstaltung am sowjetischen Ehrenmal in Tiergarten, dem „8.Mai Bündnis", zu dem auch der VVN/BdA und die Friko gehören, wurden gebeten, ihre Anmeldung zurückzuziehen. Außerdem passe der Charakter eines Festes nicht zum Charakter der von Bundesregierung und Senat vorgesehenen „Gedenkveranstaltung" mit über einstündiger Köhler Rede. Dass es dabei nicht nur um die Opfer des deutschen Faschismus gehen wird, ließ der Bundespräsident schon letzte Woche bei seiner Rede in Halberstadt erahnen...

Die Anmeldung für unsere Demonstration („Spasibo" Bündnis) wurde bisher ohne größere Probleme genehmigt. Es wird wie geplant um 10 Uhr am Bertolt-Brecht-Platz am S-Bhf. Friedrichstrasse losgehen und dann in Richtung Alexanderplatz gehen, von wo die Nazis loslaufen wollen. Die Plakate und Aufrufe sind inzwischen gedruckt und interessierten Gruppen schicken wir gerne welche zu. Außerdem haben wir eine CD-Rom für Mobilisierungsveranstaltungen vorbereitet. Auf dieser findet ihr ein Skript für die Veranstaltung und eine Power-Point-Präsentation. Falls ihr also Interesse habt, bei euch in der Gegend Mobilisierungsveranstaltungen zu machen, dann mailt uns und wir schicken euch das Material. Für Termine in Bezug auf den 8. Mai steht weiterhin die Mobilisierungsseite des „Spasibo" Bündnisses zur Verfügung:
www.8.mai@antifaschistische-aktion.com

Antifaschistische Linke Berlin [ALB], Postfach 580 544, 10414 Berlin, Tel.: (030) 27 56 07 56, Fax.: (030) 27 56 07 55, e-mail: mail@antifa.de, e-mail-Anfragen zum 8.-Mai: 8.mai@antifaschistische-aktion.com, Website der ALB: http://www.antifa.de
Website des „Spasibo" Bündnisses: http://www.8-mai.antifaschistische-aktion.com
Website des berlinweiten linken „8.Mai-Bündnis": http://www.achter-mai-2005.de
Aufruf von „Europa ohne Rassismus": http://www.berliner-initiative.de oder http://www.mbr-berlin.de
Website des Staatsaktes: http://www.tagfuerdemokratie.de

Aus dem Aufruf: „Berliner Initiative: Europa ohne Rassismus"

Die Alliierten Streitkräfte haben es am 8. Mai 1945 unter millionenfachen Opfern geschafft, die Deutschen und Europa von 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur zu befreien, einem menschenverachtenden Regime, von dem ein verbrecherischer Angriffskrieg und Terror ausging, der Millionen Menschen das Leben kostete und Elend, Leid und Vertreibung zur Folge hatte. Das nationalsozialistische Deutschland musste bedingungslos und vollständig kapitulieren. Den Alliierten Streitkräften gilt an diesem Tag unser Dank sowie all jenen, die aktiv gegen das nationalsozialistische Terrorregime Widerstand geleistet haben. Wer dies in Frage stellt, versucht Geschichte und die Verantwortung von Deutschen zu relativieren.

Wir werden es deshalb auch nicht hinnehmen, dass Neonazis zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus in Berlin aufmarschieren und versuchen, am Brandenburger Tor, in unmittelbarer Nähe des Mahnmals für die ermordeten Juden Europas, die Geschichte zu verfälschen. Ihre Demonstration unter dem Motto „ Schluss mit der Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuldkult" ist eine Verhöhnung der Opfer und all derjenigen, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben ließen.

Die Berliner Initiative Europa ohne Rassismus begrüßt und unterstützt all die unterschiedlichen Aktivitäten und Initiativen engagierter Einzelpersonen und Gruppen zum 60. Jahrestag der Befreiung und gegen den Nazi-Aufmarsch. Zugleich rufen wir alle auf: Lassen Sie nicht zu, dass Berlin zum Aufmarschgebiet der Nazis wird. Kommen Sie mit uns zum Brandenburger Tor, besetzen wir den öffentlichen Raum und zeigen, dass in Berlin kein Platz für Nazis ist – nicht für alte und nicht für neue, nicht am 7. und nicht am 8. Mai. Stehen Sie mit uns für ein tolerantes und weltoffenes Berlin und für die Verantwortung Deutschlands vor der Geschichte. Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung und das muss er bleiben.

Die Toten Hosen und PRO ASYL stellen CD vor

„On The Run“ – auf der Flucht – 18 Künstlerinnen und Künstler der unterschiedlichsten Musikrichtungen haben sich zusammengefunden, um gemeinsam mit PRO ASYL ein Zeichen zu setzen: Für Flüchtlinge – gegen alles, was rechts ist. Einsatz für Flüchtlinge und verfolgte Menschen, Kampf gegen rechte Tendenzen, die Verteidigung von Freiheit und den Grundwerten unserer Gesellschaft – dafür steht diese Initiative.

Die Toten Hosen und PRO ASYL appellieren gemeinsam: „Wir brauchen einen breiten Aufschrei gegen alles, was rechts ist.“ Sie appellieren, fremdenfeindlichen, nazistischen und rassistischen Äußerungen entschieden zu widersprechen. Der Kampf gegen Rechts beginne in den Köpfen.

Die Toten Hosen und PRO ASYL warnen vor einer Politik die auf Abschiebung und Ausgrenzung setzt. Sie spiele der Rechten in die Hände. Wer Flüchtlinge in Lagern isoliere, die Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit beschneide und immer wieder statt von politischen Flüchtlingen von Illegalen rede – der leite Wasser auf die Mühle der Rechten. Solch eine Politik sei hilflos im Kampf gegen Rechts.

„Nicht nur Gewalttaten von rechts greifen das Fundament der Gesellschaft an – auch Paragrafen können Menschen erschlagen.“

PRO ASYL dankt allen Künstlerinnen und Künstlern, die sich kostenlos und unentgeltlich bereit erklärt haben, bei dieser Benefiz-CD mitzumachen: Die Toten Hosen, Mousse T., Beat-steaks, International Pony, Astra Kid, Beginner, Biermösl Blosn, Italo Reno & Germany feat. Curse, Funny Van Dannen, Klee, Laith Al-Deen, Mia, Patrice & Laygwan Sharkie, Paul Van Dyk, 2raumwohnung, Rosenstolz, Sportfreunde Stiller, Tocotronic.

Spontandemo im Flughafen Frankfurt/Main

FRANKFURT. Im Rahmen des Anti-Lager-Action-Days am 2.4. gab es eine Kundgebung und Spontandemo im Frankfurter Flughafen. Damit sollte wieder einmal auf das Geschäft mit den Abschiebungen von Lufthansa und Fraport aufmerksam gemacht werden und die Rolle Frankfurts als größtem Abschiebungsflughafen Deutschlands thematisiert werden.

Gegen 12 Uhr versammelten sich ca. 50 AntirassistInnen im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens. Sie verteilten Flugblätter an Reisende, hielten eine Kundgebung ab und veranstalteten schließlich eine Spontandemo durch das Terminal. Anschließend gab es eine weitere Kundgebung. Polizei und BGS waren nur spärlich vertreten und mussten die Demonstrierenden gewähren lassen, es gab keine Festnahmen.

Anlass war der europäische Anti-Lager-Action-Day, an dem in ganz Europa Proteste gegen die Internierung und Abschiebung von Flüchtlingen unter dem Motto „Freedom of movement and right to stay!“ stattfinden.

Auch im Flughafen selbst befindet sich ein Internierungslager für Flüchtlinge, die sich im sog. Flughafenverfahren befinden.

Im letzten Jahr fanden 21.970 Abschiebungen aus Deutschland auf dem Luftweg statt, ein Großteil davon über den Frankfurter Flughafen. Im Schnitt werden allein über Frankfurt ca. 20-30 Menschen pro Tag abgeschoben. Immer wieder (wenn auch immer noch viel zu selten) kommt es dagegen zu Protesten, in Frankfurt zuletzt bei der versuchten Abschiebung der Iranerin Zarah Kameli, welche in letzter Minute verhindert werden konnte, da der Pilot sich weigerte sie mitzunehmen.

Die Fraport versucht schon seit geraumer Zeit, den Protest gegen das Abschiebegeschäft zu kriminalisieren und geht rigoros gegen AbschiebegegnerInnen vor. Bei den Protesten im Februar gegen die Abschiebung von Zarah wurden insgesamt 62 Personen in Gewahrsam genommen und über Nacht festgehalten. Doch der Widerstand gegen die deutsche Abschiebepolitik und die Verwicklungen von Fraport und Lufthansa darin lässt sich nicht verbieten. Er wird weitergehen, auch und grade am Frankfurter Flughafen!

Presseerklärung der Abschiebegegner, 3.4.05 ■

Protestresolution

gegen die Behandlung der Flüchtlinge durch die Regierung von Oberbayern, anlässlich des Europaweiten Aktionstages für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht von MigrantInnen und Flüchtlingen am 1. 4. 2005 in München

In Europa leben viele MigrantInnen und Flüchtlinge. Unglücklicherweise werden deren Rechte tagtäglich mit Füßen getreten. Heute, anlässlich des Europäischen Aktionstages, sind wir, die Karawane München, auf der Straße, gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingen, Sans-Papiers, AntirassistInnen, in Italien Griechenland, England, Finnland, Spanien und anderen Ländern, um ein Leben in Würde für uns alle einzufordern. Hier in München demonstrieren wir vor der Regierung von Oberbayern, da diese eine der Institutionen ist, die für die Verwaltung des täglichen Lebens der Flüchtlinge verantwortlich sind.

Was tut die Regierung von Oberbayern?

- **Unterbringung der Flüchtlinge und MigrantInnen:**

Die Regierung von Oberbayern ist verantwortlich für die meisten Container- und Barackenlager in der Region. Zum Beispiel: Schwankhardtweg, Emma-Ihrer-Straße oder Rosenheimer Straße, wo die Asylsuchenden unter unerträglichen Bedingungen leben: 4 Alleinstehende oder eine Familie teilen sich ein kleines Zimmer von 15 Quadratmetern; Heizungen und Duschen sind oft kaputt; Küchen, Toiletten und Waschräume sind völlig unzureichend für die große Zahl von Menschen; Zeiten zum Wäschewaschen oder Postabholen sind sehr beschränkt; in den Lagern mangelt es an Hygiene und oftmals findet man Mäuse und Kakerlaken. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern ist eine Form der Nichtintegration, der Isolation von Flüchtlingen von der deutschen Gesellschaft.

- **Tägliche Repression:**

Besuchszeiten sind von 8 Uhr Morgens bis 22 Uhr Abends begrenzt. Die Lagerleiter können jeder Zeit die Türen öffnen und sogar die persönliche Habe durchsuchen. Der Sicherheitsdienst klopft zu jeder Tages- und Nachtzeit an die Türen, sogar um 2 Uhr morgens, wenn die Leute sich ausruhen, und verlangt „Ausweis, bitte!“. Diese Art, den Schlaf zu stören, traumatisiert die Menschen.

Die Lagerleiter sind gewissermaßen „Polizisten in Zivil“, die meist nicht für das Wohlergehen der Flüchtlinge arbei-

ten, sondern im Gegenteil den Druck unterstützen, der von den Behörden auf die Flüchtlinge ausgeübt wird. Oft führt die Polizei, in Zusammenarbeit mit den Lagerleitern, rassistische Kontrollen rund um die Lager durch und von Zeit zu Zeit kommen sie in der Nacht, um jemanden zur Abschiebung zu verhaften. In einem Lager gibt es weder Frieden noch Sicherheit für Flüchtlinge!

● **Versorgung der Asylsuchenden**

Die Asylsuchenden in Bayern bekommen nur Essenspakete und Taschengeld von 40 – und manchmal sogar nur 30-Euro/Monat. Die Lebensmittel in diesen Paketen sind ihren Bedürfnissen nicht angemessen. Sie bekommen Produkte, die oft nicht ihren kulturellen Essensgewohnheiten entsprechen, was oft dazu führt, dass die Leute das, was sie bekommen, gar nicht essen können. Die 30 oder 40 Euro reichen den Flüchtlingen nicht für nötige Ausgaben, zum Beispiel den Kauf von Bus- und Zugtickets, was Leute automatisch dazu zwingt, zu Hause zu bleiben.

● **Kollaboration mit den Botschaften für die Abschiebung**

Die „Zentrale Rückführungsstelle Süd", die Teil der Regierung von Oberbayern ist, ist verantwortlich dafür, für die kommunalen Ausländerbehörden Kontakt mit den Botschaften herzustellen, um „Heimreisepapiere" für die Abschiebung zu bekommen. Zu diesem Zweck organisiert die „Zentrale Rückführungsstelle" auch sogenannte Sammeltermine mit den Botschaften. Zum Beispiel gab es solche Termine im Lager in der Tischlerstraße in München mit den Botschaften von Togo, Nigeria, Algerien und anderen Ländern, um für eine große Zahl von Flüchtlingen gleichzeitig „Heimreisepapiere" auszustellen. In manchen Fällen wurden – zum Beispiel durch die Botschaft von Nigeria – sogar „Heimreisepapiere" an Personen ausgestellt, die gar nicht aus dem jeweiligen Land kommen.

Wir verurteilen all die genannten Praktiken, mit denen die Behörden, und im Speziellen die Regierung von Oberbayern, die Rechte von Flüchtlingen verletzen und wir erklären, dass wir auch in Zukunft dagegen Widerstand leisten werden.

Wir fordern von der Regierung von Oberbayern:

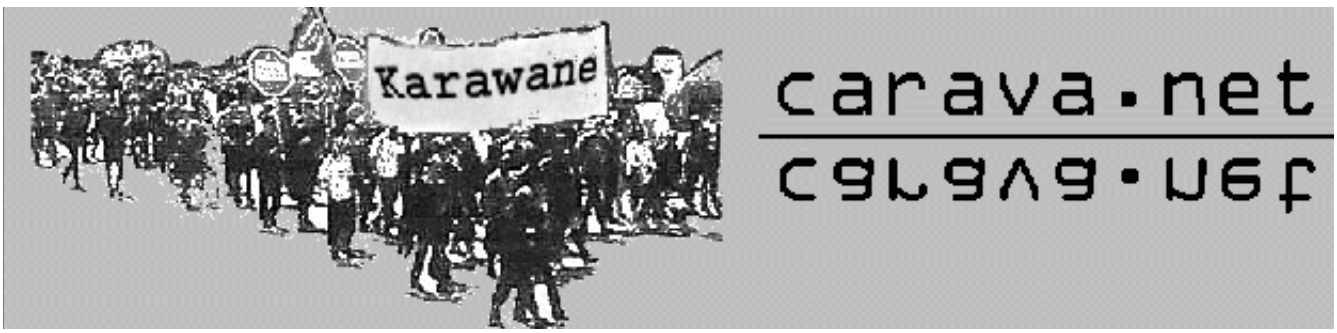
- Bequeme Unterbringung für Flüchtlinge gemäß ihren Bedürfnissen – Schließung der Lager!
- Bargeld, keine Essenspakete!
- Schluss mit der Kollaboration mit den Botschaften zur Abschiebung von Flüchtlingen
- Schließung der „Zentralen Rückführungsstelle"!

Wir kämpfen auch für:

- Abschaffung der Residenzpflicht!
- Arbeitserlaubnis für alle!
- Schluss mit rassistischen Polizeikontrollen!
- Stopp aller Abschiebungen!
- Bleiberecht und Bewegungsfreiheit für alle!

Wir fordern von der Regierung von Oberbayern eine schriftliche Antwort an die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen!

http://carava.net/ ■



Die Broschüre „Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen" ist in einer überarbeiteten Auflage neu erschienen. Sie wurde überregional konzipiert und trägt den aktuellen Entwicklungen, insbesondere im Bereich der Bekleidungsmarken und Publikationen, Rechnung. Die Broschüre will kein einfacher Katalog sein. Es wurden diejenigen Elemente zusammengetragen, die im Alltag rechter Jugendlicher tatsächlich eine Rolle spielen. Im Vorwort heißt es dazu: „Eine bloße Auflistung verbotener Symbole, wie sie beispielsweise in den Publikationen des Verfassungsschutzes auftauchen, macht unserer Meinung nach keinen Sinn. Uns geht es darum, die Lebenswelt, Funktionsweise und Dynamik extrem rechter Orientierung verständlich zu machen."

Bezugsbedingungen: Versteckspiel, rat – reihe antifaschistischer Texte c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, 3 Euro plus 1 Euro Versand, ab 10 Exemplare 25 Euro inkl. Versandkosten. Nur gegen Vorkasse in bar und/oder Briefmarken. Größere Mengen können beim Herausgeber AP e.V., Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin, mail@aspberlin.de bestellt werden.

Fans skandierten Mussolini-Gesänge

ROM. Die Anhänger des italienischen Fußball-Klubs Lazio Rom haben wieder einmal durch rassistische und faschistische Auswüchse auf sich aufmerksam gemacht. Während der Begegnung gegen den AS Livorno Calcio schwenkten Lazio-Fans Hakenkreuzfahnen und stimmten Gesänge an, die dem faschistischen Diktator Benito Mussolini huldigten. Dazu waren Transparente mit SS-Symbolen und der Aufschrift „Rom ist faschistisch" zu sehen. Auch die Schweigeminute für den Papst wurde laut Kicker.de durch faschistische Parolen unterbrochen. Als der Klub-Chef Claudio Lotito nach dem Spiel die Anhänger grüßte, riefen diese ihm „Duce, Duce" zu. Nach dem Spiel kam es auch zu Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der beiden Klubs. Mittlerweile hat sich auch das italienische Innenministerium des Vorfalls angenommen. Die Behörde will nun Stadien, in denen die Gefahr von Krawallen besteht sofort sperren. Lazio Rom ist in Sachen fremdenfeindliche, faschistische und antisemitische Parolen kein unbeschriebenes Blatt. Im Januar hatte sich der Kapitän der Mannschaft, Paolo di Canio, während des Derbys gegen den AS Rom von den eigenen Fans mit dem faschistischen Gruße feiern lassen. Der Fußballer hatte nach seinem 1:0 den „Lazio-Ultras" den gestreckten rechten Arm gezeigt. *nach Presseberichten* ■

„Braune Schwestern?“

Die Erkenntnisse feministischer Gesellschaftstheorie mit wissenschaftlichen Beobachtungen über die Hintergründe rechtsextremen Engagements zusammenzuführen: Diese anspruchsvolle Aufgabe haben sich sieben Autorinnen gesetzt, deren Sammelband „Braune Schwestern?“ vor wenigen Wochen erschienen ist. Die sieben bringen eine Menge wissenschaftlichen Sachverstand und Erfahrung zu dem Thema zusammen – dennoch ist kein dickleibiges Spezialistinnenwerk entstanden, sondern ein gut zu lesendes und die Heranführung an die doppelte Thematik erleichterndes Buch.

Den darin enthaltenen Beiträgen ist gemeinsam, dass Frauen grundsätzlich nicht als von Natur aus „bessere Menschen“, auch nicht passive Opfer gesellschaftlicher Strukturen betrachtet werden: Die Autorinnen betonen immer wieder, dass sie ebenso rassistisch oder nationalistisch oder antisemitisch wie Männer sein können. Aufgrund vorhandener gesellschaftlicher Strukturen drücken sie das freilich mitunter in anderen Handlungsstrategien aus als Männer.

An welche frauenpolitischen Themen kann die extreme Rechte anknüpfen?

Zur Einführung vielleicht am besten geeignet ist der Beitrag von Renate Bitzan. Die Verfasserin möchte ergründen, welche Versatzstücke oder welche Unterströmungen des Feminismus am ehesten von Frauen mit rechtsextremem Hintergrund kompatibel gemacht und für deren eigene Zwecke genutzt werden können.

Dabei nimmt sie weder den am Topos der „Gleichheit“ zwischen Männern und Frauen orientierten, sich positiv auf „Vernunft und Aufklärung“ charakterisierenden Feminismus grundsätzlich von dieser Möglichkeit aus - noch die andere große Strömung, der sich an Differenz orientiert und Kritik am „einseitigen Rationalismus“ als Produkt einer männerdominierten Gesellschaft übt. Der entscheidende Knackpunkt liegt der Autorin zufolge vielmehr beim grundsätzlich herrschaftskritischen Charakter einer feministischen Kritik, oder dem Mangel daran. So könne eine an „Gleichheit“ orientierte Handlungsstrategie von Frauen – wenn es an ihr an herrschaftskritischer Absicht fehle – etwa zum Ausdruck der begrenzten Interessen weißer Mittelschichtsfrauen werden, die besser am privilegierten Status von MetropolenbürgerInnen teilhaben wollen.

Ebenso kann die differenzorientierte Perspektive dazu führen, sich in einer dualen, auf Bipolarität beruhenden Verteilung der Geschlechterrollen einzurichten. Dagegen zeichne sie sich, falls sie mit allgemeiner Herrschaftskritik verbunden sei, durch die generelle Ablehnung von sozialer „Homogeneität“ aus und durch die Affirmation „multipler Identitäten“ auch im Individuum selbst. Parallel dazu müsse eine mit genereller Kritik an Hierarchien und Dominanz einher gehende, prinzipielle Gleichheitsperspektive notwendig auch Kritik an Rassismus oder Klassenherrschaft beinhalten.

Im Bereich der rechtsextremen Weltbilder konstatiert die Autorin zunächst, dass die Frage der gesellschaftlichen Stellung von Frauen insgesamt eine untergeordnete Rolle spiele. Oben auf der ideologischen Agenda steht vielmehr die Zugehörigkeit zu Nation, „Rasse“ oder „Volksgemeinschaft“. Doch innerhalb des – insgesamt nur relativ geringe Bedeutung aufweisenden – Bereichs der rechtsextremen Frauenbilder gibt es erhebliche Differenzierungen: Die Einen streben vor allem nach einer Rolle als Mutter und Gefährtin des „kämpfenden“ Mannes, die sich in der Vorstellung einer Dualität der Geschlechter einfügen, während die anderen dagegen die heroische Rolle der „kämpferischen“ Frau und Aktivistin herausstreichen.

Im letzteren Falle kann die rechtsorientierte Frau ihre Autonomie und Bedeutung sowohl im Rahmen moderner Rollenbilder – durch Teilnahme am Erwerbsleben etwa - als auch durch archaische ideologische Bilder von der „germanischen Volksgenossin“ herausstreichen. Insofern wiesen die unterschiedlichen Handlungs- und Orientierungsangebote jeweils verschiedene Anknüpfungspunkte und Möglichkeiten der Vereinnahmung auf. Dagegen schütze nur die Verbindung des Feminismus mit genereller Ablehnung von Hierarchie und Herrschaft.

Von der Bänkelsängerin bis zur brutalen Rock-Walküre

Kirsten Döhring und Renate Feldmann stellen in ihrem Text eine Reihe rechtsextremer Aktivistinnen vor: von der NPD-Bänkelsängerin mit mystischem Einschlag bis zu Neonazi-Rockerinnen, die Texte singen wie „Kampf für Deutschland“: „Unser Marsch bewegt die Massen, und Millionen reihen sich!“ Das Spektrum konzentriert sich allerdings auf die militant-neonazistische Szene und weniger auf rechtsextreme Wahlparteien mit vergleichsweise bürgerlichem Habitus wie „Die Republikaner“ (REPs). Auch sie konstatieren, dass klassische frauenpolitische Topoi wie die Thematisierung von sexistischer Gewalt auch von aktiv rechtsextremen Frauen vorgebracht werden können. Kritisiert wird von ihnen allerdings nicht oder äußerst selten der gewalttätige Sexismus, den es in ihrer eigenen Szene – vor allem im Bereich der Skin-Subkultur – ganz ungeschminkt gibt. Vielmehr werden wahrgenommene Bedrohungen von Frauen systematisch projiziert auf Personen und Kreise, die außerhalb der nationalen oder „rassischen“ Gemeinschaft stehen. Dazu gehören besonders ideologische Chiffren wie die oft beschworene Angst vor dem „fremdländischen, dunkelhäutigen Vergewaltiger“. Solche Sätze lassen sich tatsächlich bei einer Vielzahl zu Wort kommender rechter Frauen finden.

Antisemitismus und Sexismus

Cordelia Heß beleuchtet in ihrem teilweise historisch ausgerichteten Beitrag das „Verhältnis von Sexismus und Antisemitismus im völkischen Weltbild“. Vor allem im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert war die Vorstellung vom Nationalstaat als einem lebenden, organischen Wesen und homogenen „Körper“ äußerst präsent. Diskussionswürdig wäre dabei die Feststellung: „Die völkische Ideologie formuliert dabei gewissermaßen die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft aus“, indem sie letztere radikalisiere, und ferner die Subsumtion völkischer Theorien unter den Oberbegriff des „westlichen Denkens“. Tatsächlich ist das Verhältnis des deutsch-völkischen Nationalismus zum republikanischen Nationalstaat, wie er 1789 in Frankreich entstand, und seiner Ideologie sowohl durch Kontinuitäten gekennzeichnet als auch durch Brüche und durch die Mobilisierung reaktionärer Affekte gegen die bürgerliche Moderne und „den Westen“ in Gestalt des „vernegerten Frankreich“ oder der „Mischlingsrepublik USA“. Insofern wäre die Bezeichnung des völkischen Denkens als „antiwestlich“ genauso passend oder ebenso ungenau wie der Oberbegriff „westlich“.

Ausgehend von der richtigen Darstellung und Kritik des Ideologems vom „homogenen Staats- und Volkskörper“ weist die Autorin den Zusammenhang mit einer systematischen Darstellung der Frauen als schwache, triebgesteuerte und sexualisierte Wesen nach. Denn im völkischen Weltbild geht die Bedrohung von der

Vorstellung aus, „Fremdrassige“ – etwa die Juden – drängen in den Volkskörper ein und zersetzten ihn von innen her: Der Weg dazu führt über die Frau, die nicht auf die „Bewahrung ihres Blutes“ acht gibt und sich verführen lässt; Juden ihrerseits werden extrem sexualisiert und mit auffälligen Körpermerkmalen dargestellt. Bezogen auf die jetzige Phase konstatiert die Autorin das Fortleben solcher Topoi, aber in dieser Konstellation nur im engeren Kreis offen pro-nationalsozialistischer Gruppen. In bürgerlichen und konservativen Kreisen dagegen sei eine offene Verbindung mit einem solchen primären Antisemitismus eher zur Ausnahme geworden, dort sei er eher dem sekundären Antisemitismus – als politischer Schuldabwehr – gewichen.

Frauen und Geschlechterpolitik beim Front National

Die einzige Monographie einer rechtsextremen Organisation ist die Darstellung des französischen Front National (FN) von Gabi Elverich. Die Autorin konstatiert eine Modernisierung des geschlechterpolitischen Diskurs der rechtsextremen Partei in den 90er Jahren. Statt allein mit Familienmoral und Abtreibungsverbot zu drohen, sollen Frauen auch attraktiv erscheinende Angebote gemacht werden. Beispielhaft ist der ins FN-Wahlprogramm aufgenommene Programmpunkt, der den Frauen versprochene „Mutterlohn“. Dieser wird in den Phasen, in denen der FN-Diskurs sich besonders modern gibt, auch zeitweise – scheinbar geschlechtsneutral – als „Elternlohn“ bezeichnet, obwohl er sich angesichts der vorhandenen Strukturen im Berufsleben zweifellos eher an Frauen richtet, die sich zeitweise aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Damit soll das Frauen- und Familienprogramm der rechtsextremen Partei weniger offenkundigen Mief ausströmen.

Sehr richtig bringt die Verfasserin diese tatsächliche Diskurs-Modernisierung mit dem damals wachsenden Einfluss der intellektuellen „Neuen Rechten“ in Zusammenhang. Diese machte sich im Umfeld des damaligen FN-Chefideologen Bruno Mégret breit, der aber zum Jahreswechsel 1998/99 aus der Partei flog, weil er den Allmachtsanspruch von Jean-Marie Le Pen in Frage gestellt hatte. Diskussionsbedürftig hingegen erscheint die These, die frauenpolitische Modernisierung sei entwickelt worden, um gegenüber „Rechtskonservativen“ bündnisfähig zu werden: Zumindest während größerer Teile der 90er Jahre versuchte der FN eher, als „nationale Systemalternative“ und, vor allem, als „jenseits von Links und Rechts“ zu erscheinen. Damals versuchte die Partei sowohl Wählerschichten aus der Arbeiterschaft und frühere Linkswähler anzuziehen als auch konservative Kleinbürger nach rechts zu radikalisieren. Das war zwar Demagogie, aber der Versuch, auch auf Frauen anziehungskräftig zu wirken, ist wohl eher in diesen Zusammenhang zu stellen.

Gabi Elverich hat zahlreiche Publikationen von FN-nahen Frauenorganisationen wie des „Nationalen Zirkels europäischer Frauen“ (CNFE, Cercle national des femmes d’Europe) ausgewertet und konstatiert für dieses Jahrzehnt eine erneute Traditionalisierung, eine Rückentwicklung des frauenpolitischen Diskurses der Partei. Damit liegt sie ohne jeden Zweifel richtig. Ursächlich dafür dürfte allerdings vor allem der Verlust der meisten Intellektuellen und Kader sein, der seit der Parteispaltung von 1999 erfolgte.

An dieser Stelle, oder für zukünftige Forschungsarbeiten, wäre vielleicht eine ebenso detaillierte monographische Studie anderer rechtsextremer Großparteien – wie etwa der soeben gespaltenen FPÖ – von Interesse.

Bernhard Schmid ■

Antifaschistisches Frauennetzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hg.): „Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten“, Unrast Verlag, Januar 2005, 142 Seiten, 14 Euro

Solidarität über Grenzen

Am 12. März starb Lisa Fittko

Die antifaschistische Widerstandskämpferin Lisa Fittko begann in den 80-er Jahren, mit über 70, ihre Erinnerungen aufzuschreiben. „Solidarität unerwünscht“ hieß das Buch über ihre Jugend in Berlin, ihre politischen Aktivitäten gegen die Faschisten, die gerade die Macht in Deutschland übernommen hatten, ihre Flucht in die Tschechoslowakei und ihre „Grenzarbeit“ an der böhmisch-sächsischen Grenze (vgl. DTN Nr. 23/Oktober und Nr. 25/Januar 2001).

In „Mein Weg über die Pyrenäen“, das kürzlich im Deutschen Taschenbuch-Verlag neu erschien, berichtet sie über die Fortsetzung ihrer Fluchthelfertätigkeit an der französisch-spanischen Grenze. Hunderte von Menschen, die wegen ihrer politischen Einstellung oder ihrer „Rasse“ von den Nazis verfolgt wurden und auch in Vichy-Frankreich keinen Schutz fanden, wurden von Lisa Fittko und ihrem Mann Hans über die Grenze in Sicherheit gebracht, unter ihnen der Philosoph Walter Benjamin. Dabei arbeitete das Ehepaar mit dem amerikanischen „Emergency Rescue Committee“ unter der Leitung von Varian Fry zusammen (Buchautor von „Auslieferung auf Verlangen“; engl: Surrender on demand). Schließlich mussten die beiden selbst fliehen.

Obwohl die geschilderten Ereignisse sich später abspielten als die von „Solidarität unerwünscht“, war „Mein Weg über die Pyrenäen“ Lisa Fittkos erstes Buch. Die erste deutsche Ausgabe erschien 1985. Rasch folgten Übersetzungen ins Französische, Englische, Spanische und Japanische, 1986 wurde Fittkos Veröffentlichung von der Arbeitsgemeinschaft der Verleger, Buchhändler und Bibliotheken zum Sachthema Politische Exilliteratur in der Friedrich-Ebert-Stiftung zum besten politischen Buch des Jahres erklärt. 1987 wurde der Autorin der Geschwister-Scholl-Preis verliehen. 1988 gewann das Buch den Prix sur la Fondation

FIAT-Institut de France, Académie des Sciences morales et politiques. In dem kleinen französischen Grenzort Banyuls-sur-mer wurde vor einigen Jahren ein Denkmal für die Tätigkeit der Fluchthelfer errichtet. Die Route, auf der sie die Flüchtlinge über die Grenze brachten, wurde bekannt als die „F-Route“ – benannt nach den Fittkos.

„‚Mein Weg über die Pyrenäen‘ ist eine Autobiografie, in der die Autorin ihre Erfahrungen der Jahre 1940-41 nach der Niederlage Frankreichs beschreibt. Sie lebte damals als deutsche Emigrantin bereits in Frankreich, und die Angst vor dem Vorrücken der Nationalsozialisten bildet den Hintergrund der Schilderungen, in denen sie ihre eigenen und die Exil-Erfahrungen ihrer Schicksalsgenossen mit den französischen Behörden darstellt. Obwohl Fittko das Buch erst fast fünfzig Jahre nach diesen Ereignissen verfasst hat, beschreibt sie die chaotische Lage im besiegten Frankreich und die Atmosphäre aus Gefahr und Verfolgung auf erstaunlich unmittelbare und dennoch nüchterne Weise.“ So charakterisiert Catherine Stodolsky das Buch. Die Nichte von Lisa Fittko hat ein ausführliches Porträt ihrer Tante geschrieben, das im Internet abrufbar ist (deutsch unter: http://www.lrz-muenchen.de/~catherine.stodolsky/ lisa/fittko.html).

Am 12. März 2005 starb Lisa Fittko in Chicago. Sie wurde 96 Jahre alt.

aus Deutsch-Tschechische Nachrichten Nr. 65 (gekürzt) ■

Lisa Fittko: Mein Weg über die Pyrenäen. Erinnerungen 1940/41, dtv, Reihe Hanser, Oktober 2004, 336 S., 8,50 Euro, ISBN 3-423-62189-3

BSA oder das Fischen in braunen Gewässern

Rezension „ Der Wille zum aufrechten Gang „ (Neugebauer/ Schwarz)

Schon in meiner VSM- Zeit in den Sechziger-Jahren kursierte der sarkastische Spruch vom BSA (Bund Sozialdemokratischer Akademiker) als „ Bund Sozialistischer Antisemiten“. Das – erschütternde – Buch von Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz liefert die wissenschaftliche Analyse, wie es zu dieser Charakterisierung kommen konnte.

Der BSA hat bewusst und schamlos Nazis aller Schattierungen und Belastungsgrade in seine Reihen aufgenommen, weißgewaschen und protegiert. Unmittelbarer Grund für diese „Integration“ von Ehemaligen war der Umstand, dass die Hauptkonkurrenten von SPÖ und BSA, „ÖVP und CV ... über eine beinahe intakte Elitenrekrutierung verfügten“ (S. 306), während der gravierende Mangel der Sozialdemokratie an Fach- und Führungskräften „sich hauptsächlich mit der Vertreibung und Ermordung der sozialdemokratisch- jüdischen Intelligenz in der NS-Zeit erklären läßt“ (Ebd.).

Die SP-Spitze mit Schärf/Helmer/ Waldbrunner hatte auch kein Interesse daran, ihre jüdischen EmigrantInnen zurückzuholen. Sich scharf gegen links abgrenzend, driftete man politisch zunehmend nach rechts, ermöglichte dem „nationalen Lager“ mit dem „Verband der Unabhängigen“ (VdU) eine vierte Partei (S.56), ja finanzierte dem „VdU 1949 den Wahlkampf in Oberösterreich“ (S. 59). Von da her war es nur „logisch“, die Ehemaligen zu umwerben – eine opportunistische Politik, die von den Schwarzen mindestens mit der gleichen Intensität betrieben wurde. Die Fischzüge des BSA in braunen Gewässern zeitigten geradezu groteske Resultate. So behauptete der Salzburger BSA-Vertreter Hirt allen Ernstes ‚dass es „zwischen Sozialismus und Nationalsozialismus nur wenige, wenn auch schwerwiegende Differenzen“ gebe (S. 74).

Sieht man/frau sich die Gestalten im einzelnen an, die der BSA bzw. die SPÖ für sich gewannen, kommt einem schlicht das Kotzen: Etwa das vormalige SA- und SS-Mtglied Johann Biringer, der der Chef der Bundespolizeidirektion Salzburg werden sollte (S. 109ff.) oder das NSDAP- und SS-Mitglied bzw. Kriminalangestellter der Gestapo-Leitstelle Innsbruck Ferdinand Oberfeldner, der 23 Jahre das Amt des Vize-Bürgermeisters in Innsbruck ausübte (S. 151ff).

Zu den schlimmsten Auswüchsen zählt die „Förderung ehemaliger NS-Juristen durch den BSA“ (S.167ff), wobei Justizminister Christian Broda eine besonders unrühmliche Rolle (S. 196 ff) spielte und einen „Schlußstrich“ unter die Vergangenheit forderte...

Dem Buch von Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz kommt im „Gedenkjahr 200O5“ eine wichtige Funktion zu: die offizielle Mythenbildung zu konterkarieren und aufzuzeigen, wie die Aufarbeitung der Vergangenheit nach 1945 realiter eingesargt und stattdessen – quer durch alle Lager – um die Braunen gebuhlt wurde. Mit „Der Wille zum aufrechten Gang“ hat die heutige BSA-Führung einen ersten Schritt getan. Von der ÖVP gibt es nichts diesbezüglich. Nicht nur, dass das Dollfuß-Bild weiter den ÖVP-Parlamentsklub „ziert“. Als vor Kurzem bekannt wurde, dass der frühere ÖVP-Landeshauptmann Eduard Wallnöfer ebenfalls NS-Mitglied war (profil Nr. 8 und 9/2005), interpretierte dies der jetzige Tiroler Landeshauptmann Herwig van Staa schlicht als eine gegen ihn gerichtete „Kampagne“...

Hermann Dworczak ■

Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz: Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten. Herausgegeben vom Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA). Czernin Verlag , Wien. 2005. 335 Seiten

:ostritt

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), einer der beiden großen außenpolitischen think tanks Berlins, hat im März das Collegium Bohemicum „der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt“. Das im tschechischen Usti nad Labem angesiedelte Dokumentations- und Begegnungszentrum soll, heißt es bei der DGAP, „den Dialog zwischen den beiden Ländern befördern“: „Ziel ist unter anderem, die Geschichte der Deutschen in Böhmen zu studieren, um Tschechen und Deutsche auf diese Weise einander näher zu bringen.“ Dazu gehört auch die Umsiedlung der Deutschen. Gefördert wird das Projekt vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds und von der deutschen Robert-Bosch-Stiftung, die zahlreiche deutsche Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa unterstützt.

Initiiert wurde das Collegium Bohemicum im Anschluss an eine Tagung im März 2004, die sich damals unter dem Titel „Toleranz statt Intoleranz“ mit den Beziehungen zwischen Tschechien und Deutschland beschäftigte – in Anwesenheit des deutschen Botschafters und der Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer. Deutliche Kritik übte damals der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus. „Hoch klingende Worte über die Notwendigkeit von Toleranz und Versöhnung“ würden gerne „als Maske verwendet“, um „die Vergangenheit zu ändern oder ihr eine ganz neue Interpretation zu verleihen“, bemerkte Klaus und stellte fest, wer alles auf der „Toleranz“-Tagung fehlte: Vertreterinnen und Vertreter tschechischer NS-Opferverbände sowie der Verbände ehemaliger Widerstandskämpfer. Wie es in einem Konferenzbericht heißt, wurde außerdem ein deutschlandkritischer Beitrag eines Mitglieds der Tschechischen Akademie der Wissenschaften „von einem Großteil der Anwesenden in der Diskussion abgewiesen“.

Das Besondere am Collegium Bohemicum: Es entstammt nicht den relativ kleinen Zirkeln prodeutscher tschechischer Intellektueller, die mit ihrer Unterstützung für die von Deutschland gewünschte Neubewertung der Umsiedlung bislang isoliert geblieben sind. Es wird getragen von städtischen Institutionen (Stadtmuseum und Stadtarchiv) und der Universität, es wird gestützt von ökonomischen Hoffnungen. „Für die Stadt Aussig kann die Entwicklung des Museumswesens einen markanten positiven Aufschwung bedeuten, sowohl in der Entwicklung des Tourismus, als auch in der Förderung (...) neue(r) Arbeitsstellen in Nordwestböhmen“, heißt es in einer Erklärung der Initiatoren des Projekts.

jk ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Haiders Streit mit der FPÖ

Junge Freiheit Nr. 13/05 vom 25.3.2005

Jörg Haider hat die FPÖ verlassen und eine neue Partei gegründet. Das Blatt, lange Zeit sicherer Bewunderer und Unterstützer Haiders, schlägt sich auf die Seite der verbliebenen FPÖ. Der Neugründung Haiders vorausgegangen war ein zunehmender Niedergang. Bei der Europawahl 2004 hatte die FPÖ nur noch 6,3 Prozent erreicht – 1999 waren es noch 23,4 Prozent. Einziger Europa-Abgeordneter war dann Andreas Mölzer, langjähriger Autor des Blattes und Herausgeber des „Schwesterblattes dieser Zeitung, der Wiener Wochenzeitung Zur Zeit (ZZ)“. Der Haider-Flügel hat mehrfach versucht, Mölzer aus der FPÖ auszuschließen und ihn aufgefordert, sein Europa-Mandat niederzulegen. Mölzer zählt sich zum „deutschnationalen“ Flügel innerhalb der FPÖ.

JF unterstützt CDU-Bezirksbürgermeister Weber

Junge Freiheit Nr. 14/05 vom 1.4.2005

Der Bezirksbürgermeister von Berlin-Steglitz/Zehlendorf, Herbert Weber, hatte mit seiner Fraktion einen Beschluss gefasst, wonach der Bezirk am 8. Mai nicht nur der Befreiung, sondern vor allem auch „der Opfer des Terrors der Roten Armee, von Vertreibung und Vergewaltigung“ gedenken wollte. Weber hat diesen Beschluss inzwischen zurückgezogen und kommt nun mit einer Rede zum Volkstrauertag in die Schlagzeilen. Herausgeber Dieter Stein kommentiert: „Die geschichtspolitische Schraube soll noch einmal in Richtung ‚Tag der Befreiung‘ weitergedreht werden. Die devoten antifaschistischen Superlative der Akteure sind nicht steigerbar, so dass die Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985 inzwischen sogar reaktionär anmutet. Das Konrad-Adenauer-Haus hat Geschichtspolitik von seiner Tagesordnung gestrichen. Wer dennoch den Mut hat, sich unkonventionell vom unformierten Gedenk-Drill der ‚öffentlichen Meinung‘ abzusetzen, wird von der CDU-Führung im Regen stehen gelassen.“

Besetzung statt Befreiung

Junge Freiheit Nr. 15/05 vom 8.4.2005

Das Blatt streitet weiter in seinem Bemühen, die Befreiung vom Faschismus durch die Alliierten Streitkräfte als Niederlage und Besetzung darzustellen. Der rechte Historiker Karlheinz Weißmann behauptet, insbesondere französische und us-amerikanische Soldaten hätten sich mit Vergewaltigungen, Plünderungen und Brandschatzen im besetzten Deutschland hervorgetan, wenn auch nicht in dem Ausmaß, der der Roten Armee vorgeworfen wird.

So kommt er zu dem Schluss: „Eine Befreiung war die Besetzung nur für die Häftlinge der Konzentrationslager, die Zwangsarbeiter und die meisten Kriegsgefangenen im deutschen Gewahrsam.“ Dass das wirklich nur wenige der Millionen waren, die das Wüten der Nazi-Schergen überlebt hatten, betrachtet Weißmann nicht. Stattdessen endet er mit einer düsteren Ankündigung: „Wenn es 1945 eine ‚Stunde Null‘ gegeben hat, dann waren es die Tage der Besetzung. Der Begriff selbst soll schon unmittelbar nach dem Zusammenbruch in Umlauf gekommen sein. Dem ursprünglichen Sinn nach bedeutet er soviel wie Todesstunde, aber eher wurde davon gesprochen im Sinn von Tiefpunkt, nachdem alles verloren war und so oder so etwas Neues beginnen musste.“ Ganz sicher hat das Tausendjährige Reich mit seinem gierigen Festhalten an der Macht und der Ablehnung jeder Kapitulation einen „Zusammenbruch“ hinnehmen müssen, eine Niederlage, die von den alliierten Streitkräften herbeigeführt worden war und die die Möglichkeit barg, mit den Verbrechen dieses Reiches abzurechnen.

Fälschung zur NRW-Wahl

Junge Freiheit Nr. 16/05 vom 15.4.3.2005

Das Blatt berichtet über die Anschreibe-Aktionen der NRW-Landesbehörden: „Mit Bezug auf die bevorstehende Wahl in NRW bedeutet das, dass bei einem knappen Wahlausgang Türken, die keine deutsche Staatsbürgerschaft mehr haben, aber dennoch in den Wählerverzeichnissen stehen, die Rolle eines ‚Zünglein an der Waage‘ spielen – und in diesem Fall dem Unterlegenen einen Grund dafür liefern könnten, das Votum der Wähler anzufechten ... Zudem wird von türkischen Vertretern in Deutschland gemutmaßt, dass die aktuelle Diskussion um dieses Thema – ebenso wie die seinerzeitige Neuregelung der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit – lediglich parteipolitischem Kalkül dient. Nach den Erfahrungen auf der Kommunal-, Landtags- und Bundestagsebene der letzten Jahrzehnte neigen eingebürgerte Personen überdurchschnittlich stark zur Wahl der SPD und – in etwas geringerem Maße – zur Wahl der Grünen. Daher hätte die derzeitige Landesregierung gar kein größeres Interesse daran, eine Klientel, die ihr letztlich entscheidende Stimmen bescheren könnte, wenige Wochen vor der Wahl an der Teilnahme zu hindern. Dies manifestiert sich auch darin, dass Innenminister Fritz Behrens (SPD) ausdrücklich an die Ausländerbehörden appelliert habe, bei Personen mit illegalem Doppelpass eine Wiederaufnahme der deutschen Staatsangehörigkeit innerhalb weniger Tage ‚wohlwollend zu prüfen‘ und damit eine legale Teilnahme an der Landtagswahl ‚zu ermöglichen‘.“ Das Blatt verschweigt, dass die Kommunen in NRW angewiesen sind, ca. 50.000 Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund anzuschreiben und dass einzelne Städte bereits dazu übergehen, Bußgeldbescheide an die zu verschicken, die das Schreiben nicht beantwortet haben. Selbst eine schnelle Wiedereinbürgerung kann nicht dazu führen, dass die Ausgebürgerten bei der Landtagswahl wählen dürfen. Dafür ist ein mindestens dreimonatiger Aufenthalt mit deutscher Staatsangehörigkeit und Erstwohnsitz in NRW erforderlich.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507